

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. September 1930.

Und jetzt in den Kampf ...!

Schlagt Hitler - wählt Hindenburg!

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichstag hat am Donnerstag die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Die Misstrauensanträge gegen die Minister Groener und Dietrich wurden ebenfalls und zwar mit noch grösserer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat geschlossen gegen die Misstrauensanträge gestimmt. Sie hat dieselbe taktische Haltung eingenommen, wie nach jener Tagung des Reichstages, die unmittelbar auf die Demonstration der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelms in Harzburg folgte. Damals war es die Absicht der sogenannten Harzburger Front, nach der Regierungsmacht im Reiche zu greifen. Auch damals hat sie versucht, durch Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning den Weg freizumachen für eine Regierung des faschistischen Staatsstreiches, zwischen damals und heute hat Uneinigkeit die Harzburger Front zerrissen, sodass heute beide Teile die Erklärung abgeben, dass die Harzburger Front nicht mehr besteht. Die eine Sturmwelle des faschistischen Ansturmes ist abgeebbt, weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre taktische Haltung von damals es verhindert hat, dass sie an die Macht kam.

Diesmal stand die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor der gleichen Frage. Es ist kein Zweifel darüber, dass weder die Rede des Reichskanzlers noch vor allem die Erklärung Groeners über den Reichswehrerlass Befriedigung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorgerufen hat. Aber die Ablehnung eines Misstrauensantrages gegen eine Regierung bedeutet noch lange nicht eine Vertrauenskundgebung für sie. Sie ist keineswegs als eine Gleichsetzung mit der Politik und mit den Absichten der Regierung zu bewerten. Sie bedeutet vielmehr eine taktische Fesselung der Regierung und vor allem die Durchkreuzung der Pläne jener, die mit Hilfe der Misstrauensanträge die Regierung werfen wollten, um sich selbst an ihre Stelle zu setzen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Faschismus nicht in den Sattel gesetzt! Es war die Absicht der Nationalsozialisten wie derer um Hugenberg, noch vor der Präsidentenwahl und der nachfolgenden Preussenwahl die Regierungsmaschine im Reich in die Hand zu bekommen. Sie wollten das, was ihnen an Stimmenmacht fehlt, ersetzen durch Regierungsmacht. Sie wollten an die Regierung, um den faschistischen Staatsstreich von dieser Stelle aus vorzubereiten und durchzuführen. Die faschistischen Pläne sind dabei auf den Widerstand des Teiles des Bürgertums gestossen, der von Brüning und seinem Kabinett geführt wird. Das sind die Kräfte des legalen Kapitalismus, die Kräfte des Bürgertums, das den Boden der Verfassung nicht verlassen will, weil es im offenen Bürgerkrieg das Chaos, die Zerstörung aller wirtschaftlichen Grundlagen und auch der kapitalistischen Grundlagen befürchtet. Dieser Teil des Bürgertums führt einen erbitterten Kampf gegen

den offenen und brutalen Faschismus, der gewalttätig die Verfassung und die demokratischen Grundlagen des staatlichen Lebens zerschlagen will, weil diese zugleich die Grundlagen des Kampfes und des Aufstiegs der Arbeiterklasse sind. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte dem offenen Faschismus in die Hände gespielt, wenn sie bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge seine Partei gegen die Parteien des legalen Kapitalismus ergriffen hätte.

Die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die Pläne des Faschismus, soweit sie im Parlament durchgeführt werden sollten, zerstört. Der nächste Akt des Kampfes wird sich bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März abspielen. Die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kampfe entspricht der Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Parlament. Sie hat sich für die Kandidatur Hindenburg entschlossen, die alle Erfolgsaussichten gegen den Kandidaten des Faschismus für sich hat. Für diesen nächsten Kampfakt gilt es nun die gesamte Kraft zusammenzufassen und einzusetzen!

SPD. Paris, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Senat wurde am Freitag das in der Wahlreformvorlage enthaltene Frauenwahlrecht und die Wahlpflicht mit der Begründung abgelehnt, dass es praktisch unmöglich sei, diese beiden Reformen bei den bevorstehenden Kammerwahlen durchzuführen. Die Abschaffung des zweiten Wahlganges wurde mit sämtlichen 193 Stimmen abgelehnt.

SPD. Als die Abstimmungen über die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning in der Freitag-Sitzung des Reichstages erledigt waren, ergriffen die Nazis wieder die Flucht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann stellte daraufhin fest, dass es im Reichstag nur eine Partei der Deserteure gebe.

Im Anschluss an die Abstimmungen über die Misstrauensanträge kam es zunächst zu wüsten Radauszenen durch die Nationalsozialisten. Sie schrien und piffen, Strasser zündete sich provokatorisch eine Zigarette an. Offensichtlich wollten die Nationalsozialisten eine Gelegenheit zum Ausmarsch aus dem Saal finden, um sich vor der Abstimmung über die Young-Anträge zu drücken. Die Kommunisten verlangten deshalb zur Geschäftsordnung, dass nun sofort über die Einstellung der Tributzahlungen abgestimmt werden solle. Hochrot vor Verlegenheit eilte Frick auf die Tribüne, um gegen die kommunistische Forderung zu protestieren. So wenig eilig haben es die Nationalsozialisten, aus der Young-Sklaverei herauszukommen. Sie fielen aber herein, da die Mittelparteien ihnen nicht den Gefallen taten, zu Hilfe zu kommen. Da die Mitte sich der Stimme enthielt, wurde der kommunistische Antrag auf sofortige Abstimmung des Young-Antrages angenommen.

Nun bot sich ein Schauspiel der tiefsten Verwirrung bei den Rechtsradikalen. Sie sollten Farbe bekennen. Jahrelang haben sie in allen Versammlungen gegen die Young-Sklaverei protestiert. Nun war ihnen vor versammeltem Parlament Gelegenheit geboten, gemeinsam mit den Kommunisten eine Mehrheit gegen den Young-Vertrag zu finden, was taten sie? Hintereinander standen der Nationalsozialist Frick, der Landvolkführer Döbrich und der Deutschnationale Dr. Hergt auf der Tribüne und erklärten, dass sie den kommunistischen Antrag gegen weitere Tributzahlungen und Streichung der Privatschulden ablehnen würden.

Wie suchten sie sich herauszureden? Sie beteuerten, dass sie, wenn über beide Fragen getrennt abgestimmt werden könnte (dagegen hatten die Kommunisten als Antragsteller mit Erfolg protestiert), so würden sie selbstverständlich für die Einstellung der Young-Zahlungen stimmen, aber die privaten Schulden an das Ausland sollten weiter aufrecht erhalten bleiben. Diese Erklärung ist reiner Schwindel. Wollten die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen die Einstellung der Young-Zahlungen, so hätten sie ja selbst einen Antrag einbringen können, der sich nicht auf die privaten Schulden bezog.

In den Reihen der Nationalsozialisten ging es während der Abstimmung

wild durcheinander. Die "Führer" steckten die Köpfe zusammen. Mit ratlosen Gesichtern wartete das Fassvolk, was die Herren "Führer" beschliessen würden. Heraus kam: Stimmenthaltung. Lange zögerten einzelne Nationalsozialisten, die blaue Enthaltungskarte abzugeben. Das Ergebnis der Abstimmung war schliesslich: 368 Nein- und 75 Ja-Stimmen, bei 108 Enthaltungen. Nur die Kommunisten haben für die sofortige Einstellung der Young-Zahlungen und Streichung der privaten Schulden an das Ausland gestimmt.

Die Nationalsozialisten haben genau wie im Auswärtigen Ausschuss durch Stimmenthaltung verhindert, dass sich im Reichstag eine Mehrheit gegen die Tribute fand.

Damit müsste auch für den Allerdümmsten ihrer Anhänger im Lande festgestellt sein, dass die Nationalsozialisten aussenpolitisch den grössten Schwindel erzählen. Innenpolitisch sind sie nicht weniger verlogen. Die Kommunisten quittierten die Abstimmung durch Zurufe an die Nationalsozialisten: Ihr seid reif für das Kreuz der Ehrenlegion! Ihr blau-weiss-roten Franzosenknechte! Ihr Tributknechte! Die Kommunisten strahlten geradezu vor patriotischem Stolz, dass sie nun die einzige ganz nationale Partei im deutschen Reichstag sind. Immerhin haben sich die Kommunisten das Verdienst erworben, durch ihren Antrag die hakenkreuzlerische aussenpolitische Agitation als eine grobe Taschenspielererei der Hitler, Frick und Konsorten aufzuzeigen.

Als dann ein christlich-sozialer Antrag, der die Reichsregierung auffordert, für die friedliche Durchführung des Wahlkampfes in jeder Weise zu sorgen und gegen Versammlungsstörer vorzugehen, angenommen wurde, war für die Nationalsozialisten der lange gesuchte Anlass zur Flucht aus dem Reichstag gekommen. Glücklicherweise war ihnen diese Flucht verlegt worden, ehe sie ihre Blamage zu den Young-Zahlungen erlitten hatten. Nun erklärte der Nationalsozialist Gregor Strasser, die reichstagssitzungen seien verlaufen wie immer. Sie hielten ein weiteres verbleiben im Saale für unnötig. Lautes Hohngelächter bei den Parteien der Mitte und der Linken. Die Nationalsozialisten zogen aus, die Deutschnationalen blieben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann stellte sofort fest, dass es im Reichstag nur eine Partei der Deserteure gebe, nämlich die Nationalsozialisten, die aus dem Reichstag desertierten, weil sie sich von der Verantwortung vor dem Volk drücken wollten. Es liege ein sozialdemokratischer Antrag auf Verstaatlichung der Montanindustrie vor. Vor diesem Antrag hätten die Nationalsozialisten die Flucht aus dem Hause ergriffen. Sie wagten nicht, für die Verstaatlichung der Montanindustrie zu stimmen, die ja zu ihren Geldgebern gehöre. Die Nationalsozialisten könnten das System der Demokratie nicht ertragen, weil es sie unter die Kontrolle des Volkes stelle.

Erst als der letzte Nazi die Flucht ergriffen hatte, wurde es wieder ruhig. Die Herren Nazis haben sich von neuem plamiert!

SPD. Koburg, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Nazi-Stadtratsmehrheit in Koburg ernannte den Parteibuchbeamten Hitler am Freitag zum Ehrenbürger von Koburg.

Im Anschluss an die Ernennung kam es im Stadtverordneten-Sitzungssaal zu einem grossen Tumult. Die Sitzung musste geschlossen werden. Polizei räumte schliesslich den Tagungsraum, den Zuschauerraum und im Anschluss daran das gesamte Rathaus, aus dessen Turm später zu Ehren des Parteibuchbeamten Hitler zwei schwarz-weiss-rote Fahnen hinausgesteckt wurden.

SPD. Braunschweig, 26. Febr. (Eig. Dr.)

Auf einer "Siegesfeier" zu Ehren des neuesten nationalsozialistischen Parteibuchbeamten Adolf Hitler in Braunschweig bedankte sich Nazi-Klagges bei den bürgerlichen Parteien für ihre loyale Mithilfe bei der Einbürgerungsschiebung. Eine historische Entscheidung sei gefallen. Hitler stehe nunmehr der Weg zur Präsidentschaft offen.

Damit bestätigte der Naziminister, dass es sich entgegen den amtlichen Versicherungen um eine Scheintätigkeit Hitlers bei der Berliner Gesandtschaft handeln wird.

SPD. München, 26. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Waffenringstudent Erich Kolaczik stud. ing. an der Technischen Hochschule München, der bis Anfang dieses Semesters vorsitzender des Hakenkreuz-Asta dieser Hochschule war, wurde unter dem verdacht der werkspionage zugunsten der Tschechoslowakei verhaftet. Er verriet sich durch eine verlorene Aktenmappe, in der Briefe an die tschechische Regierung und Pläne von der Gleisanlage des Münchener Hauptbahnhofs gefunden wurden.

SPD. Die Hamburger Sozialdemokratie hat ihre Mitgliederzahl trotz der schweren Krise im Jahre 1931 von 53 204 auf 56 744, also um 3 540 gesteigert.

SPD. Bern, 26. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Meldung Berliner Blätter, dass in Ascona ein Deutscher namens Schulz verhaftet wurde, wird von zuständiger Seite bestätigt. Es konnte bisher jedoch noch nicht festgestellt werden, ob der Verhaftete tatsächlich - wie gemeldet wurde - mit dem Erzberger-Mörder Schulz identisch ist. Auch die Behauptung, dass von deutscher Seite bereits einentsprechendes Auslieferungsbegehren an die Regierung in Bern gestellt worden sei, wird hier für unzutreffend erklärt.

SPD. Der im Favagprozess zu vier Jahren Gefängnis verurteilte frühere Favag-Direktor Sauerbrey hat - wie uns aus Frankfurt gemeldet wird - auf Revisionsanträge verzichtet und die Strafe angenommen.

SPD. Amsterdam, 26. Februar (Eig. Dr.)

Anlässlich der Beratung der Interpellation Albarda über die Entsendung des Torpedojägers "Van Galen" nach Schanghai erklärte Ministerpräsident Ruys de Beerenbrouck am Freitag in der zweiten Kammer, dass diese Entsendung zwecks Sicherung der Ordnung bei einer eventuellen Räumung der europäischen Konzession durch die Niederländer erfolgt sei. Dem Kommandanten sei Instruktion gegeben, sich jeder Handlung sorgfältig zu enthalten, die Niederland in internationale Verwicklungen einbeziehen könne. Eine Zurückberufung des Torpedojägers, wie sie von den Sozialdemokraten und Freisinnigen gefordert werde, lehne die Regierung ab. Auch habe die Regierung keinen Anlass, die Gewährung von Anleihen für Kriegführende durch niederländische Börsen und Banken und die Ausfuhr von Waffen und Munition aus Niederland, die direkt oder indirekt

für die Kriegführenden bestimmt seien, zu verbieten.

Albarda brachte zwei Anträge ein, wonach der Torpedojäger unmittelbar nach seiner Ankunft in Schanghai zurückberufen und die Ausfuhr von Waffen und Munition aus Holland verboten werden soll.

SPD. Hitler hat am Freitag in Berlin den Beamteneid geleistet. Die Eidesformel lautet:

"Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, Gehorsam den Gesetzen, und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten."

Jahrelang hat Nazi-Hitler die Weimarer Verfassung, die er jetzt freiwillig beschworen hat, in der gehässigsten Weise verlästert. Sein Schwur auf die gleiche Verfassung zeigt, dass dieser Kampf gegen sie nur übelste Demagogie war.

SPD. London, 26. Febr. (Eig. Drahtb.)
Ein japanisches Bombengeschwader bestehens aus 25 Flugzeugen bewarf am Freitag die chinesische Flugstation Hankow, einer 150 Kilometer südwestlich von Schanghai gelegenen Stadt. Elf chinesische Flugzeuge wurden zerstört, drei, die sich in der Luft gegen die Angreifer wandten, wurden abgeschossen. Die Japaner verloren ein Flugzeug.

An der Front vor Schanghai behaupten die Japaner, den heiss umstrittenen Vorort Kiangwan von dem Gros der chinesischen Armee abgeschnitten zu haben.

SPD. Prag, 26. Febr. (Eig. Drahtb.)
Trotzki hat die tschechische Regierung um eine Einreisebewilligung nach der Tschechoslowakei ersucht. Die tschechische Regierung dürfte diesem Ersuchen stattgeben, soweit Trotzki die Passvorschriften ordnungsmässig erfüllt. Wie verlautet, beabsichtigt er, in Teplitz oder in Pystian Aufenthalt zu nehmen.

SPD. Plöhn, 26. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Geschäftsführer des Kreislandbundes Ankermann in Plöhn (Schleswig-Holstein) wurde wegen Unterschlagung von 5000 Mark fristlos entlassen. Ankermann ist Nationalsozialist und Hausfreund des Plöhner Naziführers. Als er entlassen war, stellte sich heraus, dass er wegen Mordversuchs bereits mit 6 Jahren Zuchthaus und ausserdem wegen Betruges 3 bis 4 Mal mit Gefängnis vorbestraft ist. Er passt also zu den Nazis!

SPD. Darmstadt, 26. Februar (Eig. Dr.)
Die Freitag-Sitzung des hessischen Landtages endete mit einem wüsten Tumult.

Als der Nazipräsident Werner die letzten Mitteilungen des Ältestenrates bekanntgegeben hatte, erteilte er seinem Parteifreund Dr. Best überraschenderweise noch einmal das Wort zu einer formulierten Erklärung der Nazifraktion, in der den Weimarer Parteien der Vorwurf des Landesverrats gemacht wird. Die republikanischen Parteien seien nicht in der Lage, eine neue Besetzung des Rheinlandes abzuwehren. Mit einem dreifachen Heil auf den "Reichspräsidenten" Adolf Hitler stürmte die Nazifraktion aus dem Saal und zwar gerade in dem Augenblick, als Zentrum und Sozialdemokraten in höchster Empörung aufgesprungen waren und auf Best eindringen wollten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Zinnkann protestierte gegen die

feigen Verleumdungen des Hochverrätters Best, der nach vollbrachter Tat wie ein Gassenjunge davongelaufen sei. Zinnkann erhielt dafür einen Ordnungsruf, der wieder Tumulte und Pfui-Rufe auslöste. Der Zentrumsabgeordnete Heinstadt drang auf den Präsidenten Werner ein und rief ihm zu: "Was ist das für eine Geschäftsführung! Das ist ein Skandal." Werner ignorierte aber jede Aufforderung, wenigstens nachträglich Dr. Best zur Ordnung zu rufen und hob die Sitzung auf, indem er den Präsidentenstuhl verliess.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 26. Februar (Eig. Bericht)

In der Freitag-Sitzung des Reichstags protestierte die deutschnationale Fraktion durch den Abgeordneten Gottheiner zunächst gegen die Rundfunkübertragung der Reichskanzlerrede. Reichstagspräsident Löbe erwiderte, diese Vorwürfe seien allein an ihn zu richten. Seit längerer Zeit würden alle Reichstagsitzungen auf Schallplatten aufgenommen, und zwar die Reden ohne Unterschiede der Parteien. Da er im Laufe des Donnerstag telegraphisch und telefonisch aus den verschiedensten Gebieten um die Rundfunkübertragung der Reichskanzlerrede gebeten worden sei, habe er dies am späten Nachmittag veranlasst. Uebrigens liegt jetzt ein Antrag Oberföhrer vor, er (Löbe) möge das Reichstagspräsidium niederlegen.

Die Mehrheit des Hauses nahm die Erklärung Löbes mit stürmischem Beifall auf und bekundete damit, dass sie mit der Rundfunkübertragung der Reichskanzlerrede einverstanden ist. Von der Linken wurde den Deutschnationalen und Nationalsozialisten zugerufen, sie könnten sich über Unparteilichkeit nicht beklagen, da ja auch die Skandalszenen mit übertragen worden seien, die sie während der Kanzlerrede aufgeführt hätten.

Der Halbrusse Rosenberg beschwerte sich dann darüber, dass der Reichskanzler ihm vorgeworfen habe, Rosenberg hätte am 9. November noch nicht sein Vaterland entdeckt gehabt. Rosenberg wollte das in eine Beleidigung des Auslandsdeutschtums umfälschen. Davon kann natürlich nicht die Rede sein. Herr Rosenberg vergass übrigens zu sagen, dass Tausende junge Balten, also Landsleute von ihm, nach dem Zusammenbruch Russlands als Freiwillige in das deutsche Heer eingetreten sind. Herr Rosenberg hat sich damals wohl gehütet, sich mit der Waffe zu seinem Deutschtum zu bekennen. Wo er sich in jenen Jahren aufgehalten hat und in wessen Diensten er stand, liegt noch immer im geheimnisvollen Dunkel.

Als der nächstfolgende Redner der Nationalsozialisten Reinhart das Wort erhielt, beantragte Dr. Frick, den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich herbeizurufen. Während noch über diesen Antrag im Hammelsprung abgestimmt wurde, erschien der Reichsfinanzminister. Der Reichstagspräsident sagte, obwohl der Antrag durch das Herbeieilen des Reichsfinanzministers gegenstandslos geworden sei, müsse die Abstimmung zu Ende geführt werden. Es zeigt sich dann, dass der nationalsozialistische Antrag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen abgelehnt war. Als der Präsident dies verkündete, erhob sich der Reichsfinanzminister, zeigte der nationalsozialistischen Fraktion den Rücken und verschwand unter grossem Gelächter der Reichstagsmehrheit. Allgemeine Verblüffung bei den Nationalsozialisten. Ratlos stand der Abgeordnete Reinhart vor seiner Fraktion und verzichtete auf das Wort.

Der christlichsoziale Abgeordnete Bausch führte die Debatte in einer Rede voll kräftiger lutherischer Sprache gegen die Nationalsozialisten fort. Er nannte das System Goebbels unwahrhaftig. Ein Staat, den die Nationalsozialisten beherrschten, werde das Volk ruinieren. Die Christlichsozialen lehnten die Bewegung der Nationalsozialisten als unchristlich ab. Dr. Schacht, der jetzt eine Säule des dritten Reiches sei, habe den Youngplan unterschrieben.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Juchacz wandte sich in einer kurzen Ansprache gegen die wüste Arbeit der Nationalsozialisten. Es sei genug des Blutes im Krieg und Bürgerkrieg geflossen. Alle Mütter müssten gegen die weiteren Mordtaten protestieren. Die Frauen müssten sowohl die rechtsradikalen wie die linksradikalen Rohheiten ablehnen. Die Freiheit und Frauenwürde erfordere scharfe Stellungnahme gegen den Faschismus. Die Frauen dürften weder Hitler, noch Duesterberg, noch Thälmann wählen.

Der Kommunist Dr. Neubauer behauptete, dass der Fehlbetrag des Reichshaushalts in diesem Jahr nicht 200, sondern 420 Millionen betrage. Im übrigen ent-

hielt seine Rede die üblichen Anwürfe gegen die angebliche Arbeiterfeindschaft der Sozialdemokratie. Der Staatspartei-Dr. Weber führte der von ihm angekündigten lückenlosen Beweis, dass die Nationalsozialisten mit den politischen Mordtaten vorgegangen seien. Da die Nationalsozialisten ihre blutige Schande nicht anhören wollten, verliessen sie bis auf Dr. Frick und Dr. Goehring den Saal. Auch sie verschwanden schliesslich, als sie hörten, dass Dr. Weber unwiderlegliche Beweisstücke vortrug. Erzberger und Rathenau sind nicht nur von Völkischen ermordet worden, sondern die völkische und nationalsozialistische Presse hat die Erzberger- und Rathenau-Mörder auch gefeiert. In den Reihen der Nationalsozialisten sitzt der Fememörder Heines, der wegen bestialischer Bluttaten zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, deshalb von der Nationalsozialistischen Partei seinerzeit ausgeschlossen aber später wieder als nationalsozialistischer Abgeordneter in den Reichstag entsandt wurde. In Sturmliedern der SA heisst es: "Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut", in einem anderen Liede: "Die Juden und Marxisten, die bringen uns kein Heil, den Severing und Genossen erschlagen wir mit dem Beil!". Und weiter: "Blut muss fliessen knüppelhadgedick, wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik". Weber schloss mit energischen Mahnungen an die Reichsregierung und insbesondere auch an den Reichsinnen- und Reichswehrminister, dieser Bluthetze endlich energisch entgegenzutreten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Caspary wies vor versammeltem Reichstag die Fälschung seiner angeblichen Worte zurück, dass er kein Vaterland kenne, das Deutschland heisst. Er bezeichne diese Äusserung als aus dem Zusammenhang gerissen. Er bekenne sich durchaus zur Nation, die er im Einklang mit dem französischen Sozialisten Jean Jaurés ein Schatzgut der Kultur nenne. Niemals habe er ein Wort gegen Deutschland gesagt, dessen Mehrheit doch das arbeitende Volk bilde, zu dem er selber gehöre. Die Nationalsozialisten seien die letzten, die ihm Vaterlandslosigkeit vorwerfen könnten. Kenne doch Herr Rosenberg kein Vaterland, das Russland heisst und kenne Herr Hitler kein Vaterland, das Österreich heisst.

Eine kräftige Kampfreden hielt auch der Zentrumsabgeordnete Dr. Föhr. Er brachte dokumentarische Beweise vor, wie Hitler und Konsorten Landesinteressen verraten, wenn sie dabei glauben, ihrer Parteipolitik zu dienen. So hat Hitler sich dem französischen Uebernationalisten Hervé angebidert. Er hat ferner der englischen Presse erklärt, er erwarte von England nicht die Wiederherstellung der deutschen Vorkriegsgrenzen und nicht die Rückgabe der Kolonien. Schliesslich hätten die Nationalsozialisten Südtirol so preisgegeben, dass Hitler erklärt hätte, Südtirol wolle zwischen einem faschistischen Deutschland und Italien nicht einmal einen Diskussionsgegenstand. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank, der einen anderen Standpunkt eingenommen habe, sei dieserhalb von seiner Parteileitung gerüffelt worden.

Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Lucke gab eine scharfe Erklärung gegen die Verlogenheit der Nationalsozialisten Gottfried Feder und Dr. Goebbels ab. Feder habe in Versammlungen behauptet, der Reichskanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 durch einen Scheck von 500 000 Mark erkaufte. Lucke verlas die Mitteilung des Reichsfinanzministers, dass diese Behauptung frei erfunden sei. Er wies darauf hin, dass der Nationalsozialist Dr. Goebbels seinerzeit im Reichstag dem bayerischen Bauernbund 2000 Mark angeboten habe, wenn dieser gegen das Kabinett Brüning stimme. Eisenberger habe deshalb gegen Goebbels Strafanzeige erstattet. Goebbels sei aber vor Gericht nicht erschienen und hätte sich wie immer hinter seine Immunität versteckt. Nazi-Goebbels wandte gegen diese Darstellung nichts ein. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Marx trat in einer kurzen Ansprache für seinen früheren Gegenkandidaten Hindenburg ein und wies nach, dass er niemals gegen Hindenburg geschrieben oder gesprochen hätte.

Im weiteren Verlauf der Debatte gab der hochhonorierte Fürstenanwalt

Dr. Everling die Losung aus: "für König und Vaterland". In schlimmes Gedränge kam aber gleich darauf sein Parteifreund Dr. Spahn. Er setzte mit einer gehässigen und übernationalen Kritik an der Aussenpolitik der jetzigen Regierung ein. Sozialdemokratische Zurufe erinnerten ihn daran, dass in einem Kölner Beleidigungsprozess festgestellt worden ist, Spahn sei vor dem Einmarsch der Franzosen aus Strassburg ausgerückt und vor dem Ruhreinmarsch aus Köln. In beiden Städten war er Professor. Der von Spahn wegen dieser Behauptungen beklagte Rektor der Kölner Universität sei freigesprochen worden.

Später hatte der Nationalsozialist Reinhardt das Bedürfnis, sich als grosser Finanzsachverständiger aufzuspielen. Die Antwort des Reichsfinanzministers zeigte aber dem hohnlachenden Hause, dass Reinhardt kaum die mittlere Reife einer Handelsschule für sich in Anspruch nehmen könnte. Dietrich wies in einer kurzen Erwiderung daraufhin, dass die entscheidenden Ausgaben des Reichs sich wie folgt zusammensetzen: 0,6 Milliarden äussere Kriegslasten, 1,7 Milliarden innere Kriegslasten (Kriegsbeschädigten und Kriegspensionen), 1,7 Milliarden für Wohlfahrtslasten, insbesondere Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung und 0,9 Milliarden Schuldendienst, zusammen 4,9 Milliarden. Das sei der grösste Teil der Reichsausgaben. Als Dietrich die Nationalsozialisten fragte, wo er davon etwas absetzen solle, wussten sie nicht darauf zu antworten.

Vor der Abstimmung über die vielen vorliegenden Anträge verlangte der Nationalsozialist Dr. Frick, dass sofort nach der Erledigung der Misstrauensvoten abgestimmt werden solle über die Anträge, die den wahlkampf betreffen. Die Absicht Fricks war klar: die Nationalsozialisten wollten nur während der hochpolitischen Anträge im Hause bleiben, sich aber von allen späteren Abstimmungen drücken, um nicht ihre zwiespältige Haltung gegenüber Wirtschafts- und Finanzfragen vor ihren Anhängern draussen kundzutun. Das Haus vereitelte diese Absicht, indem es den Geschäftsordnungsantrag Fricks ablehnte. Die Misstrauensanträge gegen die gesamte Regierung wurden mit 289 Nein-Stimmen gegen 284 Stimmen abgelehnt. Die Misstrauensanträge gegen Groener erzielten nur 250 Ja-Stimmen, 305 Abgeordnete stimmten dagegen, einer enthielt sich der Stimme.

Der Misstrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich wurde mit 291 Nein gegen 250 Ja bei 11 Enthaltungen abgelehnt. Die Anträge auf Auflösung des Reichstags fanden nur 228 Ja-Stimmen gegen 299 Nein-Stimmen. Die Zulässigkeit der Misstrauensanträge gegen den Reichstagspräsidenten Löbe wurde mit 321 Nein- gegen 226 Ja-Stimmen verneint. Die zahlreichen Anträge auf Aufhebung oder Abänderung der Notverordnung vom Dezember wurden dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Schlagt Hitler!

An die Partei! Genossinnen und Genossen!

SED. Der Versuch der Rechten, im Reichstag die Regierungsgewalt zu übernehmen, ist gescheitert. Ihren Ansturm auf die Reichspräsidenschaft abzuschlagen ist die nächste Aufgabe.

Vier Kandidaten stehen am 13. März zur Wahl: Hitler, Duesterberg, Hindenburg und Thälmann. Von diesen Bewerbungen sind nur zwei ernst: Hitler und Hindenburg.

Deutsches Volk steht am 13. März vor der Frage, ob Hindenburg bleiben oder ob er durch Hitler ersetzt werden soll.

Die Rechte hat vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Sie hoffte, er würde sein Amt parteiisch zu ihren Gunsten führen, seinen Eid verletzen und die Verfassung brechen. Es war selbstverständlich, dass wir Sozialdemokraten einem Bewerber, auf den unsere schlimmsten Feinde solche Hoffnungen setzten, entschieden bekämpften. Hindenburg aber hat seine

Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn jetzt beiseitigen.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äusserste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitsnot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland.

Hitler statt Hindenburg das bedeutet: Sieg des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen und gewerkschaftlichen und Kultur-Organisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnklaverei.

Gegen Hitler! Das ist die Lösung des 13. März. Es gibt kein Ausweichen!

Die Sozialdemokratische Partei will die Klarheit dieser Entscheidung nicht verdunkeln. Darum hat sie auf die Aufstellung einer Zählkandidatur im ersten Wahlgang verzichtet. Zum Zählen der Stimmen ist bei den nahen Wahlen zu den Länderparlamenten Gelegenheit genug.

Bei den Parlamentswahlen gilt jede Stimme. Bei der Reichspräsidentenwahl dagegen fällt jede Stimme ins Leere, die für einen Zählkandidaten abgegeben wird.

Hitler oder Hindenburg! Es gibt kein Drittes!

Parteigenossen! Für euch, die ihr politisch geschult seid, ergibt sich die Antwort auf diese Frage von selbst. Ausserhalb unserer grossen Organisation stehen aber gewaltige Massen, die noch der Aufklärung und der Aufrüttelung bedürfen. Auf sie kommt es an.

Diesen Massen Führer zu sein ist jetzt eure Aufgabe.

Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, ist eine Stimme für Hitler.

Jede Stimme, die Thälmann entrissen und Hindenburg zugeführt wird, ist ein Schlag gegen Hitler.

Die Kommunisten, die für Thälmann werben, tun damit dasselbe, wie am 9. August vergangenen Jahres, als sie mit Hitlers S.A. und Düsterbergs Stahlhelm gegen Otto Braun und Severing zum Volksentscheid antraten. Sie kämpfen für den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie, gegen die fortgeschrittenen Teil des Bürgertums und gegen die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie aber hat stets bei allen inneren Kämpfen des Bürgertums für den fortgeschrittenen oder gemässigten Teil Partei genommen und ihren Angriff gegen die Reaktion gerichtet.

Jetzt geht es um alles!

Sieg des Faschismus ist namenlose Schande, unabsehbares Unheil. Das darf nicht sein!

Parteigenossen! Haltet die Augen offen, schützt Euch vor Ueberraschungen, die eintreten können, wenn der Faschismus erkennt, dass er seine Ziele auf legalen Wegen nicht erreichen kann. Steht fest zur Eisernen Front!

Setzt alle eure Kräfte ein, damit der entscheidende Schlag schon im ersten Wahlgang fällt. Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faschistischen Bedrohung.

Schlagt Hitler!

Darum wählt Hindenburg!

Der Parteivorstand.

„Aus aller Welt“

Die Pfarrerbank.

Der Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank vor Gericht - Vorspiel zum Devaheim-Prozess.

SPD. Am Freitag begann vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Golzen der auf mehrere Tage berechnete Strafprozess gegen Direktor Friedrich Paul Runck, den früheren Leiter der Evangelischen Zentralbank und gegen den Diplomkaufmann Adolf Runck. Beide Angeklagte werden der Depotunterschlagung, der Bilanzverschleierung und des Betruges beschuldigt.

In der Anklage wird dargelegt, dass die Evangelische Zentralbank die Effektedepots ihrer Kunden im Widerspruch zu den bestehenden Gesetzesvorschriften verkauft und lombardiert hat. In der Zentralbankbilanz für 1930 wurden darüber hinaus eine ganze Reihe von Beteiligungen an Industrieunternehmungen, die vollkommen ausserhalb des Rahmens der von einer Genossenschaft abzuschliessenden Geschäfte lagen, verschleiert. Die durch den Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank geschädigten Gläubiger sind hauptsächlich evangelische Pfarrer, Gemeinden und Vereine. Heute noch fehlen Depots in einer Gesamthöhe von etwa 300 000 Mark.

Dem Angeklagten Adolf Runck wird ausserdem ein Betrug zur Last gelegt, durch den das Deutsche Reich, der Centralausschuss für innere Mission und die Bau- und Bodenbank um insgesamt eine Million Mark geschädigt worden sind. Gegenüber der Dresdner Bank und der Baukredit-Aktiengesellschaft hatte der Centralausschuss die selbstschuldnerische Bürgschaft für einen Fünf-Millionen-Kredit übernommen, die dazu dienen sollte, dem Devaheim-Konzern die Zwischenfinanzierung von Bauplänen zu ermöglichen. Als der Devaheimkonzern zusammengebrochen war, wurde der Centralausschuss im Hinblick auf diese Bürgschaft mit 2,3 Millionen Mark in Anspruch genommen. Dem Hilfsausschuss, der zur Sanierung gebildet worden war, gehörte Adolf Runck an. Runck erklärte, dass die Zentralbank die Verpflichtungen des Centralausschusses übernehmen wolle, falls mit den Banken ein Stillhalteabkommen geschlossen werden könne. In monatlichen Raten sollte die Bürgschaft von der Zentralbank abgedeckt werden. 400 000 Mark sind auf diese Weise auch abbezahlt worden. Als aber auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsregierung und der Reichsbank ein Kreditvertrag über 8 Millionen zustande gekommen war, wobei 1,5 Millionen auf neues Konto für die Evangelische Zentralbank übertragen wurden, verschwieg Runck die Bürgschaftsverpflichtung des Centralausschusses. Nach der Anklageschrift erreichte Adolf Runck dadurch, dass die 1,5 Millionen nicht zur Abdeckung der Bürgschaftsverpflichtungen verwandt, sondern an die Zentralbank überwiesen wurden. Die Zentralbank benutzte den Betrag zur Deckung eigener Depotverpflichtungen.

Als erster Angeklagter schilderte Direktor Friedrich Paul Runck die Entwicklung der Evangelischen Zentralbank. Das Institut ist hervorgegangen aus der Kredit-Spar- und Häuserbank, bei der Runck als Vorstandsmitglied angestellt war und aus der Genossenschaftsbank für evangelische Pfarrer und Pfarrvereine. Bei der Vereinigung der beiden Banken hatte den Vermittler ein Pfarrer Beutel gespielt: die "Genossenschaftsbank" sollte liquidiert werden - Beutel suchte einen Käufer für den Geldschrank des Instituts - Runck zeigte Interesse: aber schliesslich einigte man sich dahin, den Geldschrank - für beide Banken, die nun als "Evangelische Zentralbank" firmierten, zu verwenden.... Die Evangelische Zentralbank hatte 651 Genossen; davon waren 474 Pfarrer, von denen aber 300

ihre Einzahlungen gestundet bekommen hatten. Auch die anderen Genossenschafter hatten meistens nur im Verrechnungswege eingezahlt. Die Bank verfügte daher nur über geringe Eigenmittel, soll aber nach Angabe des Angeklagten im Laufe der Jahre 1924 bis 1930 etwa 5½ Millionen Depositen hereinbekommen haben. Seit 1925 hatte auch die Preussische Staatsbank Kredite gegen Effektensicherheit gewährt. Eine ordnungsmässige Depotbuchhaltung wurde erst im Jahre 1929 eingerichtet. Die Verfehlungen, die dem Angeklagten vorgeworfen werden, lassen sich erst seit dieser Zeit nachweisen.

Bereits die Anfangsvernehmung Friedrich Runcks verlief für den Angeklagten recht belastend. Vors.: "Wann tauchten die ersten Schwierigkeiten auf?" Angekl.: "Das kann ich nicht sagen". Vors.: "Es hat keinen Zweck, dem Gericht etwas vorzureden, Schon als die Bilanz für 1930 aufgestellt wurde, mussten Sie Abschreibungen machen. Ueber die Qualität der Kreditoren konnte kein Zweifel bestehen. Versuchten Sie jemals die Forderungen einzutreiben?" Angekl.: "Eigentlich nicht." - Vors.: "Ist das Kreditbedürfnis der Genossenschafter befriedigt worden?" Angekl.: "Nein, nur in kleinem Rahmen." Vors.: "Das will ich meinen. Kredite bekamen hauptsächlich Mitglieder der Familie Runck und einige andere Personen. - Kennen Sie das Depotgesetz?" Angekl.: "Genau nicht." (Heiterkeit). Vors.: "Hatten Sie keine Bedenken, die Papiere der geschäftsunkundigen Genossenschafter zu lombardieren?" Angekl.: "Ich glaubte, ich sei dazu berechtigt." Vors.: "Hat Ihnen das Herz nicht gezittert, wenn Sie die grossen Debitoren in Ihren Bilanzen sahen?" Angekl.: "Ich dachte, ich würde alles durchführen können; es gab wohl auch immer irgendwelche Sicherheiten." Vors.: "Das Wasser hat Ihnen doch bis zum Hals gestanden! Ist das vielleicht eine Geschäftsführung, wie man sie von einem Bankdirektor erwarten muss? Haben Sie sich denn eingebildet, dass Sie die 6 Millionen Kreditoren würden befriedigen können?" Der Angeklagte schweigt...

Nachdem der Vorsitzende noch auf einzelne Bilanzposten eingegangen war, wurde der Geschäftsbericht für 1930 vorgelesen. Der Anfang erregte nicht geringe Heiterkeit. Er beginnt mit den hier reichlich deplacierten, historischen Worten: "Der Silberstreifen, der am Horizont aufgetaucht ist....."

+ + +

Neues Pasteur-Institut. In Paris wurden die der Bazillenforschung dienenden neuen Bauten des Pasteur-Instituts eingeweiht. Fachleute betonen, dass der Bau alle Anforderungen, die man an moderne Laboratorien stellen müsse, erfülle. Insbesondere seien in Erinnerung an das Unglück von Lübeck die Räume, in denen mit virulenten Mikroben gearbeitet wird, von denen getrennt, in denen Impfstoffe hergestellt werden. Das Calmettemittel selbst (B.C.C.) wird in einem besonderen Stockwerk durch Personen hergestellt, die während ihrer Arbeit einen anderen Raum überhaupt nicht betreten dürfen. In einem dem BCG-Laboratorium angegliederten Büro werden über das Alter der Kulturen usw. genaue Statistiken geführt. Auch die zur Kontrolle des BCG benutzten Versuchsmerschweinchen werden von den anderen Versuchsmerschweinchen streng abge sondert gehalten. Den Mittelpunkt des Instituts bildet eine "Bazillensammlung", in der alle möglichen Tuberkelstämme verschiedensten Ursprungs aufbewahrt, gepflegt und "überpflanzt" werden. Eine besondere Heizvorrichtung vermag alle Räume mit der für die Aufzucht von Tuberkelbazillen notwendigen Treibhaustemperatur zu erfüllen.

+ + +

50 000 Mark-Gewinn. In der Freitag-Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurden auf das Los Nr. 147 351 50 000 Mark gezogen. Das Los wird in Vierteln in Hessen und in Achteln in Sachsen gespielt.



In die Nesseln gesetzt.

Zum Berliner Buchdruckereikonflikt.

SPD. In dem Konflikt der Berliner Grossbuchdruckereien hat das Reichsschiedsamt der Buchdrucker eingegriffen. Es hat den Parteien der "Berliner Börsenzeitung" und der Firma Elsher einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Danach sollen die Parteien vereinbaren, dass die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen erst mit Ablauf des 4. März wirksam werden. Bis zum kommenden Montag sollen die Parteien zu folgendem Vergleichsvorschlag Stellung nehmen: Die beiderseits ausgesprochenen Kündigungen werden zurückgenommen. Im Betrieb wird über etwaige Neufestsetzung der Leistungszulagen verhandelt. Falls dabei eine Einigung bis Montag, den 7. März, nicht zustande kommt, trifft der Schlichter die Entscheidung verbindlich für beide Parteien. Eine Stellungnahme der Belegschaften der beteiligten Firmen zu diesem Vergleichsvorschlag liegt im Augenblick noch nicht vor. =

Worum handelt es sich bei dem Konflikt der Berliner Grossbuchdruckereien? Die Unternehmer wollen die durch die Notverordnung vom 8. Dezember nicht berührte übertarifliche Entlohnung nachträglich noch nach Möglichkeit kürzen. Der Konflikt wurde von den Unternehmern vom Zaun gebrochen. Sie glaubten, die arbeitslosen Buchdrucker seien seelisch zermürbt, und der Zeitpunkt sei gekommen, wo man dem Arbeitslosen nur zu winken brauche, um ihn für einen erbärmlichen Judaslohn zu fangen und als willigen und billigen Knecht noch mehr ausbeuten zu können als früher. Die Angreifer mussten jedoch bald die Feststellung machen, dass sie sich bös in die Nesseln gesetzt haben. Der erhoffte sofortige greifbare Erfolg bei dem Personal blieb aus, obwohl die ursprüngliche Lohnsenkungsforderung wesentlich abgemildert worden war. Die Unternehmer machten daher den Versuch, das Reichsarbeitsministerium in den Konflikt einzuspannen. Auch das ist missglückt. Das Ministerium erklärte, es sehe keine Möglichkeit für eine Vermittlung, da die Gewerkschaften ausdrücklich erklärt hätten, dass die Regelung der übertariflichen Zulagen ausschliesslich der einzelvertraglichen Abmachung vorbehalten sei. Nun stellte man in verschiedenen Grossbetrieben an einzelne Arbeiter oder Gruppen des Personals das Ansinnen, sich mit dem Abbau der übertariflichen Verdienste einverstanden zu erklären. Auch das dieser Vorstoss blieb ohne Erfolg. Daraufhin kam es bei Scherl-Hugenberg und verschiedenen rechtsstehenden Zeitungen wie der "Berliner Börsenzeitung" und der "Deutschen Tageszeitung" sowie bei den Firmen Elsher und Langenscheidt - die grossen Druckereifirmen Mosse und Ullstein sind am Konflikt nicht beteiligt - zu Kündigungen. Die Arbeiterschaft traf sofort ihre Gegenmassnahmen. Sie erklärte sich mit den Gekündigten solidarisch.

Diese Solidarität der Buchdrucker macht den Angriff der Unternehmer auf die übertarifliche Entlohnung zu einer hoffnungslosen Sache. Die Gewerkschaften, so betont der "Korrespondent", das freigewerkschaftliche Buchdruckorgan, müssten in diesem Kampf aus naheliegenden Gründen Gewehr bei Fuss stehen. Trotzdem würden das von dem organisatorisch getarnten Kollektivanschlag auf die übertarifliche Entlohnung bedrohten Buchdruckereiarbeiter aus innerem Zusammengehörigkeitsgefühl heraus für einander einstehen. Die Hoffnung der Unternehmer auf die Arbeitslosen habe sich schon jetzt trotz aller Not als trügerisch erwiesen, und daran würden auch alle Inserate nichts ändern, in

denen Hand- und Maschinensetzer, Stereotypeure, Flach- und Rotationsdrucker gesucht würden. Wohl sei die Not für Tausende von Buchdruckern unerträglich geworden, allein Verräterei sei nach wie vor für jedes ehrliche und überzeugte Mitglied des Verbandes der deutschen Buchdrucker einfach eine moralische Unmöglichkeit.

Das Ziel der Unternehmer in dem Tarifkonflikt ist ein mehr oder weniger kollektiver Abbau der übertariflichen Entlohnung, und zwar nicht nur in Berlin. Und deshalb muss in dieser kritischen Zeit jeder arbeitslose organisierte Buchdrucker noch mehr als je beachten, dass vor jeder Annahme einer Stellung die Einziehung einer Erkundigung bei dem zuständigen Gauvorsteher satzungsgemässe Pflicht ist. Im übrigen darf auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Berliner Landesarbeitsamt täglich durch den Rundfunk eine Warnung vor dem Zuzug nach Berlin verkünden lässt.

SPD. Unter Würdigung der schwierigen Gesamtverhältnisse haben die Tarifvertragsparteien im Versicherungsgewerbe sich dahin verständigt, den Mantel-tarifvertrag bis zum 30. September und die geldlichen Leistungen bis zum 30. Juni zu verlängern. Damit sind die im Versicherungsgewerbe vorliegenden Streitigkeiten erledigt.

SPD. Unser Hinweis auf voreilige Meldungen über Entlassungen bei der Reichsbahn gibt dem RGO-Mann Chwalek, der auch den Reichstag zielt, Anlass zur Behauptung, dass 32 000 Eisenbahner mit Zustimmung der Gewerkschaft entlassen würden. Die Entlassungen seien bereits in vollem Umfange.

Wie verhält es sich mit dieser kommunistischen Meldung? Chwalek bringt eine Aufstellung, wonach im Jahre 1931 das Reichsbahnpersonal aus 502 000 Köpfen bestanden hätte, während für das Jahr 1932 nur 470 000 vorgesehen seien. In dieser Aufstellung werden zwei grosse Arbeitergruppen einfach unterschlagen: die Bahnunterhaltungsarbeiter und die Werkstättenarbeiter, gegenwärtig zusammen ca. 145 000 Köpfe. Das Gesamtpersonal bestand einschliesslich der Aushilfs- und Zeitarbeiter im Dezember 1931 aus 461 000 Köpfen, das ständige Personal aus 627 000 Köpfen. Der Rest waren Aushilfs- und Zeitarbeiter, die nur vorübergehend beschäftigt werden. Wenn man nun Chwalek's Zahlen noch durch die unterschlagenen rund 145 000 Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter ergänzt, dann kommt man für das Jahr 1932 auf 615 000 Köpfe gegen 627 000 ständiger Arbeiter im Jahre 1931. Die Differenz von 12 000 Köpfen ergibt sich aus dem natürlichen Abgang, der gegenwärtig nicht ersetzt wird und im Durchschnitt ungefähr 4 % beträgt.

Wir haben es also hier mit einem kommunistischen Schwindel zu tun, oder der RGO-Mann Chwalek hat keine Ahnung.

Der Einheitsverband der Eisenbahner wird nach wie vor alles daran setzen, seine Mitglieder gegen Entlassungen zu schützen. Das gleiche ist von den übrigen Gewerkschaften anzunehmen.

SPD. Der Bierstreik, der nun auch in Berlin durchgeführt werden soll, hat in Hamburg die Zahl der arbeitslosen Brauereiarbeiter und Gastwirtsangestellten bereits bedenklich vermehrt. Will man wirklich Zehntausende von Brauereiarbeitern und Gastwirtsgehilfen brotlos werden lassen? Soll in Deutschland der Steuerstreik - etwas anderes ist der Bierstreik nicht - zur Mode werden?

Scheimbörsen.

Wird es ohne Eingreifen der Regierung gehen?

SPD - Berlin, 26. Februar (Fig. Ber.)

Die Mitte der Woche mit Pauken und Trompeten wieder eröffneten deutschen Börsen sind trotz allen Jubels, der in der ersten Börsenstunde herrschte nichts anderes als Scheimbörsen. Da die nicht rechtzeitig bei den Banken eingehenden Aufträge der Kundschaft auch noch am Nachmittag im Telefonverkehr erledigt werden können, da amtliche Kurse nicht festgestellt werden und die Kurse, die innerhalb der zwei Börsenstunden am Tage genannt und gehandelt werden, nicht veröffentlicht werden dürfen, fehlen Voraussetzungen, deren eine wirkliche Börsenbedarf. Nicht einmal die für die Banken immer rentabler und lukrativer werdenden "Telefondrähte" sind restlos durchschnitten. Der Kunde kann also auch weiterhin nicht kontrollieren, ob seine Aufträge zum marktgängigen Preis erledigt worden sind oder nicht. Und das ist zu bedauern.

Die Börse ist schliesslich nicht der Platz, wo das Publikum verliert, was die Banken gewinnen. Die Börse soll der Platz sein, wo sich die Industrie finanziert, wo die Erwerbsgesellschaften, die demnächst die Arbeitslosenbeere aufnehmen sollen und müssen, sich mit Kapital zu versorgen haben. Allem Anschein nach wird die Börse in Zukunft für die Finanzierung der Gesellschaften wichtiger als bisher. Leider lässt man sich von diesen Überlegungen nicht leiten. Man hat zwar eine Börse geschaffen, aber eine Börse in Anführungsstrichen. Ob diese Börse bald durch die amtlichen Notierungen und die Freigabe der Kursveröffentlichungen ergänzt und vollständig gemacht wird, muss man allerdings nach den bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Banken- und Börsenreform bezweifeln. Es spielt auch hier das verfluchte Verlassen auf die Interessentengruppen eine grosse Rolle. Man verlässt sich auf die Selbstdisziplin der Börsenbesucher, insbesondere der Banken, die sich ihrer Spitzenorganisation, dem Zentralverband gegenüber verpflichtet haben sollen, in Zukunft alle Kundschaftsaufträge über die "offizielle" Börse laufen zu lassen. Ob solche Versprechungen ausreichen, um die üblichen Scheingeschäfte und die Geschäfte "in sich" restlos zu unterbinden, wird die Erfahrung zeigen müssen. Die oben dargelegte Unmöglichkeit für den Kunden, seine Geschäfte zu kontrollieren, lässt jedenfalls bedenkliche Lücken. Solange nicht nach dieser Richtung alle Sicherungen getroffen sind, solange man nicht endlich den Widerstand gegen eine Veröffentlichung der täglichen Umsätze bei jedem einzelnen Papier aufgibt, solange man nicht, kurz gesagt, die Grundlage für die Wiederkehr des dringend notwendigen Kundenvertrauens geschaffen hat, sind alle Massnahmen nur Teilreform. Damit kommt man aber über die grosse Reform nicht hinweg. Die Regierung wird wohl schon mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eingreifen müssen. Das geltende Börsengesetz würde fürs erste dazu immerhin genügen.

Immerhin hat die "Neuordnung" der ausserordentlichen Notlage der kleinen Makler Rechnung getragen. Das gilt besonders für die Gebühren, die diese Leute an die Handelskammer, die ja Verwalterin der Börse ist, zu zahlen haben. Die sachlichen Gebühren, die zum 1. März eingezogen werden sollen, werden eine Ermässigung um 20 Prozent erfahren. Bei den persönlichen Gebühren, den Eintrittsgeldern, soll im Falle besonderer Not weitgehende Stundung erfolgen. Darüber hinaus denkt man an eine allgemeine Gebührenreform, die das zusammengeschrumpfte

te Börsenges häft beleben und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Börsenbesucher heben soll. Das hat was für sich. Uebelstand aber bleibt die starke Uebersetzung der Börse durch die kleinen, die freien Makler, die sogenannten Pfuschmakler. Man hat hier einen "Abkehrfonds" in Höhe von 400 000 # geschaffen. Davon wird die Börse 120 000 Mark und die öffentliche Hand 280 000 Mark bereitstellen. Aus diesem Fond soll den Maklern, die sich auf einen neuen Beruf umstellen wollen, dazu die finanzielle Möglichkeit gegeben werden, Eine geringe Anzahl Anfragen liegen den zuständigen Stellen bereits vor.

Das hat aber, wie bereits bemerkt, nichts damit zu tun, die Börse wirklich in Gang zu bringen. Wenn der Bankenbereinigung, die die Regierung nach hartem Drängen durchsetzen konnte, nicht bald auch die Säuberung des Kurszettels folgt - die zahlreichen Konkurse haben ja wertvolle Vorarbeit geleistet, wenn nicht endlich die Aktien der Gesellschaften vorder Börse verschwinden, deren Kapital sich zum weitaus grössten Teil im Besitz weniger Grossaktionäre befindet, dann gibt es eben keinen wirklichen Kurszettel. Es muss endlich Ordnung geschaffen werden. Eine funktionierende Börse gehört zur Ankurbelung der Wirtschaft. Wenn die in Frage kommenden Stellen, Handelskammer, Bank- und Börsenkommissare usw., nicht Ordnung schaffen können, dann muss eben die Regierung eingreifen.

SPD. Die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Verbrauchsabgaben werden für den Monat Januar 1932 mit 730,53 Millionen Mark angegeben gegenüber 1 031,9 Millionen Mark im Januar 1931. Insgesamt sind im laufenden Steuerjahr, also in der Zeit vom 1. April 1931 bis Ende Januar 1932, 6 513,75 Millionen Mark aufgekomen gegenüber einem Voranschlag für das ganze Jahr in Höhe von 8 172 Millionen Mark. Die Lohnsteuer erbrachte im Januar 1932 rund 80,38 Millionen Mark gegen 110,2 Millionen Mark im vorigen Jahr. Die Kraftfahrzeugsteuer ging von 14,4 Millionen Mark im Januar 1931 auf 10,81 Millionen Mark im Januar 1932 zurück. Als Einnahmen unter Reichsfluchtsteuern werden für den Monat Januar 1932 rund 973 000 Mark ausgewiesen. An Biersteuer kam im Januar 1932 rund 24,5 Millionen Mark auf gegenüber 34,4 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Tabaksteuer ging in derselben Zeit von 110,1 Millionen Mark auf 66,25 Millionen Mark zurück.

SPD. Einen beachtlichen Plan zur Förderung des Kraftverkehrs entwickelt der "Economist", die führende englische Wirtschaftszeitschrift. Die Erhebung der Steuern und Versicherungsgebühren soll nämlich so über das Jahr verteilt werden, dass die Kosten in den Wintermonaten entsprechend der geringeren Benutzung der Fahrzeuge stark gesenkt und im Frühjahr, der saisonmässig steigenden Benutzung folgend, erhöht werden. Dieser Vorschlag soll die Zahl der Abmeldungen in den Wintermonaten verringern und damit zu höheren Steuereingängen führen.

SPD. Die Berliner Bäcker haben den Brotpreis von 45 Pfennig auf 47 Pfennige (siehe Wirtschaftsbeilage vom 25. Februar. Red.) pro Brot - das Brot zu 1.250 Gramm genommen - erhöht. Der Freiskommissar wird sich mit der Angelegenheit in den nächsten Tagen beschäftigen.

Ruhigeres Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag wieder schwächere Stimmung, von der insbesondere Weizen betroffen wurde. Am Markte der Zeitgeschäfte ging der Weizenkurs um etwa 3 Mark zurück, während Roggen im allgemeinen nur für spätere Lieferungen nennenswerte Einbussen aufwies. In effektiver Ware ist das Weizenangebot wieder grösser geworden. Hauptsächlich stammt die Ware jetzt aus Mitteldeutschland. Trotzdem die Mühlen gute Kauflust zeigten, ging der Kurs für prompten Weizen um 1 Mark zurück. Roggen behielt seinen Preisstand bei. Die Lage war unverändert; die Berliner Mühlen mussten ihren Bedarf hauptsächlich mit russischem Roggen befriedigen. Im Mehlgeschäft war die Stimmung wieder sehr ruhig geworden; lediglich der laufende dringende Tagesbedarf wurde eingedeckt. Die Forderungen der Mühlen lauteten einstweilen noch unverändert. Hafer hatte im allgemeinen stetige Tendenz bei kleinem Konsumgeschäft.

	25. Febr.	26. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 251	248 - 250
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	169 - 174	-
Futter- und Industrierogerste	160 - 167	163 - 169
Hafer	148 - 155	149 - 156
Weizenmehl	31,00 - 34,75	37,50 - 34,75
Roggenmehl	28,00 - 29,50	28,00 - 29,50
Weizenkleie	10,00 - 10,40	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 261½-259½, Mai 268½-268 Brief, Juli 274½-274 Brief. Roggen 202-201½, Mai 201½ bis 201, Juli 206½-205½, Hafer März 165-163½, Mai 174½-173, Juli 180½ - 179½.

Berliner Viehmarkt.

(26. Februar)

SPD. Der Schweinemarkt hatte bei genügendem Auftrieb ziemlich glatten Handel. Die Preise gaben, wenn auch gering, nach. Glattes Geschäft hatte auch der Rindermarkt. Am Kälber- und Hammelmarkt gab es Preissteigerungen. An beiden Märkten genügte das Angebot der Nachfrage nicht.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 43 (43-44), c) (200-240 Pfd.) 40-43 (41-43), d) (160-200 Pfd.) 38-40 (38-41), e) (120-160 Pfd.) 34-36 (35-37). Sauen 38-41 (39-41). Schafe: b) 36 - 38 (34-36), c) 32 - 35 (30-33), d) 23-30 (20-28). Kälber: b) 38-45 (37-44), c) 30-38 (28-38), d) 18-28 (18-26). Kühe: a) 24-27 (23-24), b) 20-23 (18-22), c) 15-18 (14-17), d) 12-14 (11-13).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 26. Februar 1932.

Die Auktion.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Früher galten wir Amerikaner als grossprecherisch. Wir wiesen auf den höchsten Wolkenkratzer und die längste Hängebrücke hin und erzählten der Welt mit dem naiven Stolz eines Kinde, das ein Paar neuer Schuhe bekommen hat, wie teuer alle diese Dinge waren. Unsre Sprache bestand fast ausschliesslich aus Superlativen und sechsstelligen Zahlen.

Das ist nun anders geworden. Wir werden skeptisch, wenn Fremde unsre modernen Bauten oder unsre nach der letzten Mode gekleideten, seidenbestrumpften Stenotypistinnen loben. Wenn wir uns rühmen, so sagen wir nichtmehr, wie viel, sondern wir wenig wir bezahlt haben.

Diese Eigenschaft zeigt sich besonders deutlich bei Leuten, die Aktionen besuchen. Sie sind wohl stolz auf das, was sie erstanden haben; aber wenn man sie nach dem Preise fragt, dann tun sie diese Frage mit einem geringschätzigen Achselzucken ab oder nennen irgendeine märchenhaft niedrige Zahl, die niemand glaubt.

Tante Kamilla war es, die meine Frau Phöbe dazu überredete, eine Auktion zu besuchen. Ich selbst habe nur geringe Erfahrungenauf diesem Gebiete. Einmal las ich eine Ankündigung "Mammut-Auktion" und drängte mich neugierig in den Versteigerungssaal. Aber da gab es keine Mammute, sondern nur allerlei Ramsch. Ein brillenbewaffneter Mammut-Auktionator hielt gerade eine plüschgefütterte Schachtel in der Hand, die einen Kamm, eine Bürste und einen Spiegel enthielt, und beschwor die Anwesenden, doch nicht feventlich ihrem eigenen Glück aus dem Wege zu gehen. "Nur ein Dollar, meine Freunde! In jedem anderen Laden sechs Dollar! Wer will der erste sein, Jungens?" Aberkeiner der Jungens wollte ihm näher kommen. Da fiel sein Fischauge auf mich. "Hier ist ein Gentleman", rief er freudig aus, "ein Gentleman, der sich auf diese Dinge versteht! Bitte, treten Sie näher, mein Herr!" Ich gehorchte, und er überreichte mir die Schachtel mit den Worten: "Ich überlasse es Ihnen, mein Herr, zu prüfen, ob diese Original Pariser Toilettengarnitur nicht zumindest den dreifachen Preis, den ich verlange, wert ist. Bitte, sehen Sie sich das Ding nur an!" Ich fasste die Schachtel vorsichtig an, und da ich ein gutmütiger Mensch bin, nickte ich. "Verkauft an diesen Herrn für zwei Dollar!" trompetete da triumphierend der Auktionator. "Einpacken, Harry! - Sie werden Ihren Kauf niemals bereuen! Zur Kassa!"

Noch die Auktion, zu der uns Tante Kamilla schickte, war ganz anderer Art. Im Versteigerungssaal herrschte Ruhe wie in einer Kirche. Auf einem illuminierten Podium befand sich ein ältlicher Auktionator, der sich sehr zu langweilen schien. Als Phöbe und ich eintraten, händigte uns ein Aufseher ein Programm ein und wies uns Plätze in der dritten Reihe Orchesterfauteuil an. Ein Teakholzschränk stand neben dem Auktionator, der unaufhörlich leise sang: "Acht; fünfzig höre ich, acht fünfzig höre ich ... " Einen Augenblick später musste er die Zahl neun gehört haben, denn er änderte seinen Gesang ab auf: "Neun; höre ich, neun höre ich; neun fünfzig ... " Aber er hatte wohl bessere Ohren als ich, denn ich vernahm keinen Laut. Er schien arg gelangweilt und ebenso das Publikum. Offenbar hatte niemand Interesse für den Schränk. Ich war schon geneigt, zehn Dollar zu bieten, aber bevor ich noch eine Silbe hervorbringen konnte, klopfte der Auktionator auf den Tisch und sagte: "Verkauft:

für neunhundertundfünfzig Dollar!" Ich kam mir wie der Reiter über den Bodensee vor.

Der nächste Gegenstand war ein Oelgemälde "Mann mit Rübe" (leicht beschädigt). Es ging bis auf zwölfhundertfünfzig Dollar. Niemand schien den Auktionator zu unterbrechen. Die Preise kletterten offenbar von selbst. Denn im Publikum war kein Laut zu vernehmen.

Dann, während der Versteigerung einer Sammlung japanischer Handzeichnungen wurde ich gewahr, dass alle Leute rings um mich fortwährend wütend geboten hatten. Wenn der glatzköpfige Herr vor mir seine Hand ans linke Ohr legte, so bewirkte dies eben, dass der Preis einer Zeichnung auf fünfundzwanzig Dollarsprang, und wenn der würdige Gentleman zwei Plätze links von mir seinen Schnurbart zwirbelte, so wurden aus den fünfundzwanzig Dollar fünfzig. Es war beängstigend, zu denken, dass die kleinste unwillkürliche Bewegung vom Auktionator als Gebot aufgefasst werden könnte. Und ich trug nicht das geringste Verlangen, einen kleinen Cupido oder eine riesige, von Englein umgebene Schlaguhr zu erwerben.

"Dass du dich nicht bewegst!" flüsterte ich Phöbe zu. "Man könnte sie unzuschlagen!" Mein Plan war, mich in einem Augenblick, wenn der Auktionator gerade wegsah, aus dem Saale zu schleichen. Inzwischen sass ich auf meinen Händen und wartete auf eine günstige Gelegenheit. "Achtzehn fünfzig höre ich, neunzehn höre ich, neunzehn höre ich, neunzehn fünfzig höre ich links, neunzehn fünfzig höre ich"; so ertönte sein Gesang. Während ich der sanften Melodie lauschte, hörte ich auch ein andres Geräusch, ein verdrossenes Summen. Ueber meinem Kopfe schwebte eine Fliege, eins jener grossen Tiere, die es auch während des ganzen Winters in New York gibt. Dann hörte das Summen unvermittelt auf, und ich fühlte, wie die Fliege auf meiner rechten Augenbraue spazieren ging. Meine erste Regung war, sie wegzujagen; aber ich bezähmte mich und biss die Zähne zusammen.

"Eine Fliege sitzt auf deiner Stirne," flüsterte Phöbe.

"Halte deine Hände ruhig!" antwortete ich leise. "Sie wird bald wieder weggehen."

Ich schüttelte sanft missbilligend meinen Kopf. Aber die Fliege wollte den Wink nicht verstehen. Dann versuchte ich, meine Augenbrauen hin und her zu bewegen, und die Fliege, durch dieses plötzliche Beben beunruhigt, kletterte auf meinen Nasenrücken, wo es sichereren Grund gab.

"Die Fliege ist jetzt auf deiner Nase," lispelte Phöbe aufgeregt. "Sie geht auf deiner Nase spazieren!"

"Was glaubst du eigentlich von mir?" erwiderte ich bitter. "Ich weiss ganz genau, wo die Fliege ist!"

Wenn ich meine Augen leicht verdrehte, konnte ich die Fliege genau beobachten. Sie vollführte einen Fusspitzentanz auf meinem Nasenrücken. Sie kitzte mich unerträglich. Schliesslich riss mir die Geduld. Ich erhob meine rechte Hand und versetzte ihr einen kräftigen und, wie ich glaubte, vernichtenden Schlag. Das genügte. Die Fliege flog davon. Der Auktionator sah mich wohlwollend an, nickte zweimal und klopfte auf seinen Tisch. "Verkauft für zweitausendzweihundert", rief er aus. Aber erst als mir sein Gehilfe ein Formular zur Unterschrift vorlegte und mich fragte, wann der Gegenstand geliefert werden sollte, erfasste ich die ganze schreckliche Wahrheit. Die riesige Standuhr mit all ihren Englein war mein!

"Denke daran!" sagte Phöbe zu mir, als wir draussen waren. "Niemand darf erfahren, dass wir zweitausendzweihundert Dollar für dieses Scheusal von einer Uhr bezahlt haben. Die Leute würden glauben, dass wir wahnsinnig geworden sind." Und wenn jemand die Engelsuhr in unserer Küche bewundert, nehmen wir Haltung und Tonfall alterprobter Kenner an und murmeln: "Oh, dieses Stück haben wir für eine Kleinigkeit erstanden. Sie hat praktisch fast überhaupt nichts gekostet!" Aber wenn ich das nächste Mal eine Auktion besuche, beabsichtige ich, mich mit Handschellen auszurüsten. Denn in einer Zwangsjacke kann man doch nicht gut eine Versteigerung besuchen.

(Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Adolf will ja gar nicht.*

SPD. Als Adolf noch kleiner war, als er heute ist, nämlich ein kleiner ABC-Schütze, da musste er auch zur Schule gehen, wie andere kleine Jungen. Anfangs, als man noch $1 + 1 = 2$ rechnete und der Herr Lehrer gross und deutlich die kleinen Buchstaben an die Wandtafel malte, ging auch alles ganz gut. Aber später kam das dicke Ende hinterher. Ja, wie soll man das ausdrücken, recht nett und schonungsvoll - -, also kurz und gut, der kleine Adolf konnte dem Unterricht nicht recht folgen und brachte schlechte Zensuren nach Hause.

Und nun hat Adolf nach vielen Jahren seine Lebensbeschreibung veröffentlicht. Wohl oder übel musste er da mit seiner Kindheit anfangen und durfte auch die Schulzeit nicht ausser Acht lassen. Aber wie soll der Biograph, der seinen Lesern die Meinung beibringen will, er sei ein genialer Kerl mit grossen geistigen Fähigkeiten, dieses peinliche Versagen des kleinen Adolf in der Schule erklären? Am besten, man übergibt die Sache. Aber die "politischen Gegner", so klagt Adolf, durchforschen und überprüfen sein ganzes Leben, und da muss er doch wohl auch die ein bisschen blamable Schulangelegenheit begründen. Das tut Adolf denn auch in seinem Buche "Mein Kampf!" mit grosser Ausführlichkeit. Er versucht nämlich kramphast, den Beweis zu führen, dass dieses Versagen keineswegs auf Mangel an Verstand beruhe, sondern - denk mal an, so ein Schlaumeier! - auf dem eigenen stahlharten Willen! Ja, lieber Leser, der kleine Adolf war schon damals ein grosser Diktator! Sein Papa wollte nämlich einen Staatsbeamten aus ihm machen. Aber Adolfs Feuerseele sträubte sich gegen eine solche Zumutung. "Alles andere, nur kein Staatsbeamter!" rief er pathetisch aus. Aber der Papa wollte nun mal! (Der kleine Adolf war damals, als der Papa wollte, übrigens erst 12 Jahre alt; also die Sache hatte noch gute Weile. Aber der grosse Mann baut vor!) Was tun??? Da fasste Adolf einen heroischen Entschluss! "Ich werde mich dümmer stellen, als ich bin," sagte er zu sich selbst "dann wird Papa einsehen, dass ich nicht zum Beamten taue, sondern mich - Künstler werden lassen." Adolf glaubte nämlich damals, ein Malgenie zu sein, und wollte deshalb Kunstmaler werden. (Die Malerschule in Wien, in die er mit "stolzer Zuversicht", wie er selbst gesteht, seine Arbeiten einreichte, sprach ihm allerdings jedes malerische Talent ab und verschloss ihm schnöde ihre Pforten.) Also, der kleine Adolf stellte sich in der Schule dümmer, als er war: er wurde hart, eisenhart, stahlhart (ja, da staunste Bauklötzer!); er stellte sich immer dümmer, bis es schon garnicht mehr weiter ging!! - Ja, was man mit einem zielbewussten, unbeugsamen Willen alles machen kann, das ist einfach nicht zu glauben! Und Ihr könnt überzeugt sein, Adolf hätte sein Ziel erreicht er hätte seine Rolle so grossartig gespielt, dass kein Mensch hätte glauben können, dass die miserablen Zensuren ja "gewollt" entstanden wären, und dass dahinter ein Genie, das Genie einer Künstlerseele, und zugleich der stahlharte Wille eines Diktators sich anschickten, ihren Flug in die Welt zu tun. Leider erfahren wir nicht, wie diese fabelhafte Willensanspannung weitergegangen ist, da der Vater starb und Adolf die Schule verliess.

Adolf meint nun aber, seine bösen politischen Gegner, die so taktlos seit dauernd in seinem Leben herumzustöbern, wurden das am Ende nicht glauben, und das macht ihm schwere Sorge. Er weist deshalb in seinem Buche wiederholt auf diesen stahlharten - was sage ich! - auf diesen diamanthart gehämmerten Willen hin, auf den unbeugsamen Trotz, der ihn zu sowas fähig machte. An einer Stelle meint er auch, dass "im allgemeinen sämtliche schöpferischen Gedanken schon in der Jugend grundsätzlich erscheinen, soferne solche überhaupt vorhanden sind." (Man beachte den Tiefsinn dieses Ausspruchs! Tja, mein Lieber, "soferne solche überhaupt vorhanden sind"; ist das nicht ein fabelhaft genialer Zusatz? Keine Angst, Adolfchen! Wir wussten längst von Deinem Mangel an Verstand, noch bevor Du ihn uns in Deiner Lebensbeschreibung so geistreich erläutert hast. Aber wir haben kein Aufhebens davon gemacht, denn das war gar keine

Ueberraschung für uns. Wir sind zwar Deine politischen Gegner, aber Du darfst überzeugt sein, dass auch wir es merken, wenn ein grosser Mann erscheint, und so haben wir deiner genialen Stirn, in die so charakteristisch die Haarsträhne herinfällt, und dem Ausdruck Deiner schönen Augen längst angesehen, wes Geistes Kind Du bist.

Ein Gedanke allerdings läst uns seit der Lektüre Deines Buches nicht mehr los: Donnerwetter ja, - - Adolf wird doch diese Taktik seiner Schuljahre nicht auch heute noch anwenden?? Er will doch absolut kein Staatsbeamter werden, nein, auf gar keinen Fall, um keinen Preis; "nein und nochmals nein!" ruft er aus. Ja, ihm wird "gähnend übel" bei diesem Gedanken, wie er schreibt. Ach Jotte doch, ach Jotte doch, und nu soll der arme Adolf alle seine Grundsätze, die eisenhart geschmiedeten Prinzipien, seine heiligsten Ueberzeugungen über den Haufen werfen und gar der erste Staatsbeamte des Reiches werden! "Niemals Staatsbeamter!" steht in seinem Bekenntnisbuche. Und wenn Adolf, der Marxist zerschmetternde Diktator sagt: "Niemals!", dann gibt's keinen Widerspruch! Tja, was macht man denn da? Und seine eigenen Leib- und Magenfreunde wollen ihm ein solches Opfer zumuten? Aber rege Dich nich auf, Adolfchen! Wir werden Dir schon helfen, dass es bei diesem "Niemals" bleiben wird; darauf kannst Du Dich verlassen!

Ein Bergarbeiterdichter.^x

SPD. Anfang März 1912, als die Bergarbeiter des Ruhrgebiets in einem schweren Kampfe standen, mussten sie einen ihrer Besten zu Grabe tragen. Heinrich Kämpchen, der allen bekannte Dichter, hatte für immer seine Augen geschlossen. Knapp fünfundsiebzig Jahre ist er alt geworden. Wie selten einer hat er sich seiner Klassengenossen angenommen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite gestanden und sie in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum unterstützt.

Kämpchen wurde am 23. Mai 1847 in Altendorf an der Ruhr geboren. Schon mit 13 Jahren musste er seinen Vater zur Zeche begleiten, um zu seinem eigenen Lebensunterhalte beizutragen. Obwohl er sehr begabt war, konnte doch aneine weitere Ausbildung nicht gedacht werden. Seine Eltern waren zu arm. Heinrich Kämpchen hat diesen Mangel durch Selbststudium zum Teil wettgemacht, denn seine späteren Gedichte verraten uns ein grosses Wissen. Ueber dreissig Jahre hat Kämpchen seinen Weg zur Zeche genommen, bis im Jahre 1891 im Verfolg einer Masregelung seine Invalidisierung erfolgte. Hatte Kämpchen schon während seiner Tätigkeit als Bergmann gedichtet, so konnte er sich in seinem Ruhestande noch mehr dieser Tätigkeit widmen. So manches schöne Lied hat er uns während dieser Zeit beschert.

Kämpchens Lieder sind vorwiegend dem Bergmann und seiner Lebenswelt gewidmet. Manches Gedicht ist in der Tiefe entstanden. Während sein Arm die Keilhau schwang, sann sein Kopf auf Lieder. Dass diese meistens in schwerer Bergarbeit geschriebenen Gedichte oft eine gewisse Verbitterung widerspiegeln, ist leicht erklärlich. Kämpchen war in erster Linie Ankläger des damaligen Systems. Rücksichtslos zeigte er die Schäden der privatkapitalistischen Ausbeutung auf. Besonders bei den grossen und kleinen Unglücksfällen erhob er anklagend seine Stimme und verlangte Schutz für die Knappen. In den Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum feuerte er die Arbeiter an. Er war ihr Sprecher, nicht nur in Liedern, sondern auch in der Tat. Jahrelang war er im Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes als Revisor tätig. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Geschlossenheit der Arbeiterschaft ihre schärfste Waffe ist hat er sie immer zur Einigkeit gemahnt. "Nur einig, einig müssen wir sein, so fest und geschlossen wie Erz und Gestein," sagt er in seinem "Glück auf!"-Liede Neben den Gedichten, die er seinen Klassengenossen widmete, fand er noch

Zeit, um seiner glühenden Heimat- und Naturliebe nachzugehen. In vielen Versen hat er die Heimat besungen, die Natur gepriesen. Eine fast zärtlich zu nennende Empfindung atmen diese Gedichte wieder. Hin und wieder hat Kämpchen Wanderungen gemacht und die gewonnenen Eindrücke in seinen Liedern verarbeitet. War die Reisezeit vorbei, dann schaffte er daheim weiter. So hat er manche schönen Lieder geschrieben, zu denen die mannigfaltigsten Motive ihm Anlass gaben. Heine, Schiller, Zola, Annette von Droste-Hülshoff und andre grosse Vorbilder hat er besungen. Innig gedachte er seiner toten Mutter. Liebgewordenen Personen hat er in seinen Gedichten ein Denkmal gesetzt. Trefflich hat er es verstanden, einzelne Charaktere zu zeichnen. Besonders den Bedrückten und Beladenen schenkte er seine Aufmerksamkeit. Wie er gelebt hat, verrät er uns in seinem Gedicht "Mein Lebensgang". Aufrecht und gerade ist er durchs Leben geschritten. Er hat nicht geheuchelt und gehehlt, sondern offen gesagt, was not war.

Noch kurz vor seinem Tode richtete er an die im Kampfe stehenden Knappen die Mahnung, die Treue nicht zu vergessen. Am 6. März 1912 verschied er, tief betrauert von seinen Freunden und Mitkämpfern. Die Gedichte Kämpchens sind zum grossen Teil in der "Bergarbeiterzeitung", dem Organ des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes erschienen, aber auch in drei heute vergriffenen Bändchen herausgegeben. Die erste Ausgabe erschien im Jahre 1898 und trug den Titel "Hütte und Schacht". - "Neue Lieder" hat er seinen zweiten, im Jahre 1904 herausgegebenen Gedichtsband genannt, dem im Jahre 1909 ein weiterer Band unter der Ueberschrift "Was die Ruhr mir sang" folgte. Um diese Lieder der Vergessenheit zu entreissen, hat der verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in seinem verlag H. Hansmann & Co., Bochum, unlängst eine neue Sammlung herausgegeben. Sie trägt den Titel "Aus der Tiefe" und birgt die wertvollsten der bereits früher erschienenen Gedichte. Diese Veröffentlichung ist eine verdienstliche Tat des Bergarbeiter-Verbandes.

Musik auf dem Balkan.^X

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Der musikliebende Westeuropäer, der zum ersten Male nach dem Balkan kommt und auch balkanische Musikromantik erleben will, ist in der Regel tief enttäuscht. Da hat er nun daheim von den eigenartigen, schönen südslawischen Melodien, von beweglichen Rhythmen und ungebändigtem Temperament gehört, und was vernimmt er bei seinen Streifzügen durch Belgrad, Sofia, Bukarest und Athen? Genau die gleichen wurzellosen Jazz-, Tango- und Rumbaschlager wie zu Hause. Gewiss, in vielen Kaffeehäusern und Restaurants muszieren wirklich echte Zigeunerkapellen, deren Repertoire jedoch immer mehr mit ausländischem Musikstoff gespeist werden. Mit echt südländischem Temperament bearbeiten diese dunkelhäutigen Gesellen ihre Instrumente, dass einem bald Hören und Senen vergeht und man vom lauten Genuss leicht Kopf- und Leibweh bekommt. Diese lärmende Musik ist für europäische Trommelfelle wirklich schwer geniessbar, denn der blasende, flötende, geigende und Zimbal schlagende Zigeuner kennt noch keine festen musikalischen Wesenszüge. Im Zusammenleben mit den im Südosten kunterbunt zusammengewürfelten Völkerrassen hat er sich "akklimatisiert" und von allem etwas gestohlen, damit er es allen recht macht. Und das besorgt er tatsächlich recht gründlich.....

Wie steht es nun mit der eigentlichen Balkanmusik? Wo kann man sie finden und hören? - Dort, wohin der Fremde und Vergnügungsreisende gewöhnlich nicht dringt, nämlich auf dem flachen Lande. Hier kann man noch balkanische Musik und musikalische Traditionen unverfälscht erleben. Erleben?! - Eben, weil die Balkanmusik primitiv und eine ausgesprochene Volksmusik ist, muss man sie erleben. Für den Fremden klingt sie im ersten Augenblicke nicht immer

gefällig. Diese Klänge der verschiedensten Schalmeien, der Gaida, der Zigulka und des Dudelsacks haben mit der westeuropäischen Musikkultur nichts gemein. Aus ihnen atmet das Erleben dieser Völker in Jahrhunderten, die noch nicht lange zurück liegen und mit nationaler Knechtschaft, furchtbarer Not und blutigen Freiheitskämpfen angefüllt waren. Bei diesen frei nach Empfinden geschaffenen Weisen, die bald so monoton und traurig klingen, bald von so beweglichem und ungehemmtem Rhythmus sind, versagt so ziemlich die Notierung; sie müssen phonographiert werden. Die Modulationen der balkanischen Volksmusik sind kühn und überraschend. Heftige Änderungen des Tempos sind häufig, während der Schluss gewöhnlich auf der Dominante erfolgt.

Mit Recht wurde auf einem internationalen Kongress für Volkskunst erklärt, dass der Musikforschung im Hinblick auf die Volksmusik des Balkans und besonders der Balkanslawen noch grosse ungelöste Aufgaben harren. Die musikalische Produktion Europas wird hier noch reiche Befruchtungsmöglichkeiten entdecken können. Ja, selbst den modernen Schlagerkomponisten kann man anraten, sich einmal auch ein wenig die Volksmusikanten des Balkan anzuhören, anstatt, wie es so oft geschieht, bei den Negern ihre Anregungen zu suchen. Wer von diesen Komponisten hat z.B. mal bulgarische Volkstänze gehört und gesehen? Beim "Horó" und der "Retschenitza" kann selbst der Westeuropäer nicht ruhig bleiben. Bei diesem zündenden Rhythmus muss man halt mitmachen, wenn es auch schwer fällt, die exzentrischen Tanzbewegungen dieser Naturkinder nachzuahmen....

Der balkanische Volksmusikant ist sein eigener "Komponist". Er spielt seine eigenen Weisen. So hat er es von seinem Vater und dieser vom Grossvater usw. gelernt, und so wird er es auch seine Kinder lehren. Er spielt oft, sehr oft. Am Morgen vor dem Tagewerk, am Mittag, am Abend. Bald aus Freude, bald aus Trauer, bald aus Liebe und bald aus Hass. - Erst einige Wochen ist es her, als aus dem bulgarischen Gebirgsstädtchen Klissura gemeldet wurde, dass ein unglücklich verliebter Bursche, bevor er zum Dolche griff und das ihn verschmähende Mädchen samt seinen Nebenbuhler niederstach, seine Gaida anstimmte und ihr bald grimmige, bald traurige Weisen entlockte.....

Die Hauptstädte des Balkan haben heute ihre Opern, Musikakademien und Orchester, die aber durchweg noch jung sind und mehr oder weniger in den Kinderschuhen stecken. Ihre Spielpläne weisen meistens westeuropäische Kompositionen auf. Die eigene Volkskunst ist vernachlässigt, weil sich die Komponisten und geschulten Musikkräfte des Balkan an die westeuropäische Musikkultur anzulehnen versuchen. Sie schreiben bereits Opern, Sinfonien und sonstige Musikwerke, denen aber meistens noch die traditionelle und urwüchsige Volksmusikantennatur anhaftet. Durch Hinzuziehung ausländischer Künstler versuchen die Musikinstitute des Balkan ihre noch junge Entwicklung schneller vorwärtszutreiben. So singen in der belgrader Oper zahlreiche russische Künstler; in den Opern von Bukarest und Athen gastieren ständig fremde Sänger, und die Sofioter Nationaloper wird seit zwei Jahren mit grossem Erfolge von einem Deutschen geleitet. Alle diese Einrichtungen wie auch die häufigen Konzerte werden aber von einem Musikpublikum besucht, auf das man in Westeuropa neidisch sein müsste. In Sofia wie in Belgrad und Bukarest trifft man meistens ausverkaufte Konzerte an, wobei aber zu unterstreichen ist, dass sich der weitaus grösste Teil der Besucher aus der werktätigen Bevölkerung rekrutiert. Schon die bescheidene Kleidung bestätigt das. Gerade in Sofia konnte ich oft die Andacht und Hingabe dieser Musikfreunde beobachten, die in wohlthuendem Gegensatz zu den gelangweilten Gesichtern mancher Smokingträger in den Logen standen.....

Südslawien, Bulgarien und Rumänien haben heute auch Rundfunkstationen, die zu wichtigen Trägern und verbreitern der heimischen Volksmusik geworden sind, die je nach dem Lande und oft auch schon nach der Gegend erheblich variiert. So weist z.B. die Volksmusik in Südslawien starke Unterschiede auf. Die kroatischen, westlich orientierten Weisen haben mit Altserbien absolut nichts gemein, das sich wieder mehr an Bulgarien anlehnt. Das gleiche Bild ergibt sich für Rumänien, wo die Volksmusik südslawische, russische, lateinische wie auch westliche Einwirkungen aufweist.

Die Erweckung.^x

SPD. Schon seit Jahren fuhr der Holzer Michael mit seinem kleinen vier-rädrigen Wägelchen ins nächste Städtchen, um dort die Hausfrauen täglich mit frischer Landmilch zu versorgen. Lange war bei dieser Arbeit der Verdienst sehr gering, was an der geringen Kundenzahl des Michel lag.

Da - mit einem Male blühte das Milchgeschäft auf. Die Kundenzahl vergrösserte sich. Das war dem Holzer Michel von Herzen zu gönnen, vor allem, da sich erwies, dass er diesen Kundenzuwachs auf Grund seiner plötzlich eingetretenen grossen Kirchlichkeit und Frömmigkeit erhielt.

Ja, vor einigen Wochen musste etwas über den Holzer Michel gekommen sein (vielleicht hatte er eine innere Erleuchtung gehabt), denn jetzt trat er jeder Morgen, bevor er treppauf, treppab zu seinen Kunden ging, einige Augenblicke mit seinen Milchkannen in die allzeit offene Kirche. Als ihn einige Naseweise wegen dieser, an ihm bisher unbekanntenen Kirchlichkeit aufzogen, meinte der Michel ganz einfach: "Ich kann es nicht mehr verantworten, meinen Kunden ungesegnete Milch zu bringen."

+ + +

Es war an einem Sonntag im Mai. Nachdem der Herr Kaplan Messe und Predigt beendet hatte, empfahl er der "christlichen Liebe" seiner Hörer vier, fünf Gelegenheiten, bei denen es die Heiligen gern sehen würden, wenn die Sterblichen ihre Geldbeutel weit öffneten. Nachdem der Geistliche seine Schäflein also geschoren hatte, wollte er sie auch noch ein wenig streicheln. "Liebe Gemeinde," begann der Seelenhirte, "seit ich gewürdigt wurde, euer Seelsorger zu sein, war es mir vor der heiligen Jungfrau Maria und allen Heiligen ein stetes Gebetsanliegen, dass über die hiesige Gemeinde eine grosse geistige Erweckung kommen möchte. Und diese Erweckung ist jetzt gekommen!!! Die Zahl der Kirchenbesucher und Kommunikanten zeigt zwar keinen sehr wesentlichen Aufstieg in der letzten Zeit, aber dass wir eine grosse Schar von stillen, heimlichen Betern unter uns haben, die auch ausserhalb kirchlicher Handlungen die Kirche besuchen, zeigt der überaus reichliche Verbrauch des Weihwassers.....!"

Erna Glatzer

SPD. Sozialismus und Weltsprache.^x Der Sozialistische Esperanto-Bund, der im vorigen Jahre nach Auflösung der sozialistischen Esperantistenschaft vom rein kommunistischen Arbeiter-Esperanto-Bund gegründet wurde, ist eine Art Arbeitsgemeinschaft mit dem Oesterreichischen Arbeiter-Esperanto-Bund eingegangen. Die monatlich acht- bis zwölfseitig erscheinende gemeinsame Zeitung "La Socialisto" berichtet über Bundesangelegenheiten und Fortschritte der Bewegung und enthält auch Uebungsstoff. Eine Klärung der internationalen Lage dürfte sich auf dem in diesem Jahre in Stuttgart veranstalteten Kongress der internationalen Organisation - der "Sennacieca Asocio Tutmonda" - ergeben. Bisher ist diese Organisation keine Zentrale der Länderorganisationen, sondern besteht aus Einzelmitgliedern. Diese Organisationsform setzte die gemeinsame Arbeit von Angehörigen verschiedener Parteirichtungen voraus, ist also heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Kommunisten, die im vergangenen Jahre auf dem Kongress in Amsterdam in einer hoffnungslosen Minderheit blieben, bereiten jetzt die Gründung einer kommunistischen Esperanto-Internationale vor. Die sozialistischen Esperantisten werden sich deshalb in Stuttgart die ihrer zahlenmässigen Ueberlegenheit zukommende Stellung in der Sennacieca Asocio Tutmonda sichern müssen. Notwendig ist eine Änderung des Statuts, die den Landesverbänden eine angemessene Vertretung zuweist und aus dem Kongress eine beschlussfähige Vertreterschaft der internationalen Arbeiter-Esperantisten macht.

Deutscher Reichstag

.....60. Sitzung vom26. Februar 1932.....

SPD. Reichstagspräsident Löbe teilt bei Eröffnung mit, dass der Abg. Dr. Glatzel (D.Vp.) sich wegen Krankheit auf zwei Tage hat neurlauben lassen. (Hört! hört und Heiterkeit.)

Abg. Gottheiner (Dn) protestiert unter dem Gelächter der Linken dagegen, dass trotz entgegenstehender Erklärungen der Regierung am Donnerstag-Abend der Rundfunk die Reichskanzlerrede nach der Schallplatten-Aufnahme verbreitet hat. (Rufe links: "Das war Ihnen wohl sehr unangenehm!")

Präsident Löbe erklärt, für die Genehmigung dieser Uebertragung sei er alleinverantwortlich. (Beifall b.d.Mehrheit.) Der Präsident stellt dann einen Antrag der Deutschnationalen zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen.

Abg. Rosenberg (Nat.Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers. Mit seiner Bemerkung, Rosenberg habe 1918 noch nicht gewusst, welche sein Vaterland sei, habe Dr. Brüning das tragische Schicksal von zehn Millionen Auslandsdeutschen verspottet. Die folgenden Sätze werden von den Nationalsozialisten mit so lauten Beifallskundgebungen unterstrichen, dass sie auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) beantragt die Herbeirufung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich. - Abg. Torgler (Komm) erklärt, die Kommunisten würden für diesen Antrag stimmen unter der Voraussetzung, dass auch der kommunistische Redner vom Minister angehört wird. - Das Ergebnis der ersten Abstimmung bleibt zweifelhaft. - Im Hammelsprung wird der nationalsozialistische Antrag mit 180 gegen 210 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Beendigung des Hammelsprungs war Reichsfinanzminister Dietrich an seinem Platz erschienen. Er wurde mit Heiterkeit begrüßt. Als der Präsident die Ablehnung des nationalsozialistischen Antrags verkündet, erhebt sich der Minister und verlässt den Saal, während die Mehrheit in stürmische Heiterkeit ausbricht. Der nationalsozialistische Abg. Reinhart, der finanzpolitische Anfragen an die Regierung richten wollte, verzichtete nunmehr auf das Wort.

Abg. Bausch (chr.soz.Volksdienst) führt aus, weil die Christlich-Sozialen das Vaterland über die Partei stellen, wendeten sie sich gegen das System Hitler-Goebbels, das die unbedingte nationalsozialistische Parteiherrschaft aufrichten wolle. Der Redner erkennt die Bemühungen der Regierung zur Belebung der Wirtschaft an, äussert aber Bedenken gegen manche Einzelheiten der Notverordnung. Der notleidenden Landwirtschaft könne nicht mit den Methoden der Landbund-Agitation allein geholfen werden. Der Bauer leide am meisten unter den hohen Zinsen. Das Problem der Entschuldung der Landwirtschaft müsse gründlicher angepackt werden als bisher.

Als der Redner sich gegen die aussenpolitischen Angriffsreden der Rechtsopposition wendet und betont, Bismarck habe seine Aussenpolitik nie mit Rücksicht auf die Massen der Strasse gemacht, kommen von der Rechten fortwährende höhnische Zurufe. Der Abg. Dr. Kleiner (Dn) wird wegen eines solchen Zurufs zur Ordnung gerufen. Sie, so fährt der Redner fort, betrachten den Youngplan - Unterzeichner Schacht als aussenpolitische Autorität. - Sie können es nicht ertragen, dass Dr. Brüning aussenpolitische Erfolge erzielt. Mit positivem Christentum hat der Nationalsozialismus nichts zu tun.

Abg. Frau Juchacz (Soz) verliest folgende Erklärung :

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion würde es nicht für richtig halten, wenn diese Debatte über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl zuende ginge, ohne dass sich in ihr auch die Stimme der Frauen des deutschen

Volkes hören liesse. Die Frauen - ich spreche für die Frauen des werktätigen Volkes und, wie ich hoffe, für die Mehrheit der deutschen Frauen überhaupt - die Frauen wollen keinen Bürgerkrieg!

Die Frauen wollen keinen Völkerkrieg!

Die Frauen wollen keine Verschärfung der Wirtschaftsnot durch innen- und aussenpolitische Abenteuer!

Die Frauen - ich hoffe damit wieder für die grosse Mehrheit zu sprechen - durchschauen die Hohlheit einer Politik, die sich als besonders männlich gibt, obwohl sie nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit und Renommiersucht diktiert ist.

Dieser Politik, der nationalsozialistischen Politik, mit allen Kräften entgegenzutreten, zwingt uns unsere Liebe zu unserem Volk und unserem Land.

Es ist genug des Elends! Es ist genug des Bluts! Mit Abscheu und Entsetzen wenden wir Frauen uns ab von jenen Bildern der Verrohung, der Verwilderung, die sich heute täglich darbieten und an denen leider auch in diesem Hause nicht fehlt. Wir erheben als Mütter Anklage gegen die Volksverderber, die heute unsere Söhne - Deutsche gegen Deutsche - zum Brudermord anstiften und die sich nicht scheuen werden, sie morgen in einen neuen völkervernichtenden Krieg hineinzutreiben.

Eine Frau, die das alles nicht will, kann bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl weder einem Rechtsradikalen noch einem Kommunisten, weder einem Hitler noch einem Duesterberg und einem Thälmann ihre Stimme geben!

Die Frauen müssen bei dieser Wahl, die für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidend sein kann, auf viele Jahre hinaus, den Kampf aufnehmen. Für Frieden und Freiheit! Für Frauenrecht und Frauenwürde! Gegen den Todfeind, den Faschismus! (Lebhafter anhaltender Beifall der Sozialdemokraten, Gegenrufe der Kommunisten.)

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) wirft den Nationalsozialistenvor, dass sie nur bezahlte Gefolgsleute des Industrietrust-Königs Fritz Thyssen seien. Der andere Trustkönig Krupp stütze dagegen den Reichskanzler. In dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen des deutschen Kapitalismus stehe nur der Kommunismus auf der Front der werktätigen Massen gegen das Ausbeutertum.

Während der Ausführungen des kommunistischen Redners nimmt Vizepräsident Graef-Thüringen den Präsidentensitz ein, eine Tatsache, die im Hause deswegen viel beachtet wird, weil seit dem ersten Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen der deutschnationale Vizepräsident sich nicht mehr an der Verhandlungsleitung bei den Reichstagsitzungen beteiligt hatte.

Als Präsident Löbe das Präsidium wieder übernimmt und dem Abg. Dr. Weber (Staatspt.) das Wort erteilt, verlassen die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Dr. Weber-Potsdam (Staatspt.) erklärt, er wolle seine Behauptung beweisen, dass die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorgegangen seien. Die ersten grossen politischen Morde in Deutschland, die Morde gegen Erzberger und Rathenau, seien von rechtsradikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden. Nach der Feststellung eines deutschen Gerichts sei ein Landarbeiter, der fälschlich das Waffenverrats an die Polizei beschuldigt war, im Jahre 1920 durch zwei Pistolenschüsse hingerichtet worden. Der zu fünf Jahren verurteilte Täter sei nach der Bekanntgabe des Urteils aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden, aber heute sei er Fraktionsmitglied der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion (Rufe: "Das ist Heines!"). In der nationalsozialistischen Presse und von den nationalsozialistischen Führern werde die politische Gewalttat glorifiziert. Am 1. Juli 1931 schrieb das Berliner Nazi-Blatt: "Man soll das rote Mordpackzeug mit Handgranaten und Maschinengewehren von den Strassen vertreiben". (Hört! Hört!) Am 22. Oktober 1929 führte der nationalsozialisti-

sche Führer Dr. Telschow in einer Versammlung in "euhaus aus: "Wir werden den Kampf mit allen Mitteln führen. Im Kampf gibt es Leichen. Wenn es gegen den jüdischen Janhagel geht, schreiten wir auch über Gräber." Nazi-Goebbels hat am 16. Januar 1931 im Kriegervereinshaus in Berlin gesagt: "Die Spannung und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Siedehitze gestiegen. Vielleicht findet sich darunter einmal einer, der seine persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der Partei und sie in der Weise, wie es ihm seine Ehre gestattet, wiederherstellt. Ich fordere nicht dazu auf, aber was der Einzelne tut, können wir nicht kontrollieren. (Hört, hört! - Rufe links: "So feige verstecken sich die Hetzer!"). In der Dienstvorschrift der nationalsozialistischen Sturmabteilungen wird von "blutiger Saalschlacht und vom Auseinanderjagen von Marxistenhaufen mit blutigen Schädeln" gesprochen. In einem bekannten Sturmlied dieser Sturm-Abteilungen lauten die letzten Strophen:

"Wenn's Judenblut vom Messer spritzt,
Dann geht's noch mal so gut....

Die Juden und Marxisten, die bringen uns kein Heil,
Den Severing und Genossen erschlagen wir mit dem Beil.
Blut muss fliessen knüppelhageldick

Wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik."

Die Verlesung dieses Liedes wird von der Linken mit stürmischen Pfuirufen begleitet. Der Redner erklärt zum Schluss, gegen diese Mordhetze einer Partei, die sich "national" nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. (Beifall links.)

Abg. Weschke (Komm) ruft: Herr Groener, was sagen Sie zu Ihren jüngsten Rekruten? Ein Hundsfott, wer diese Mörder nicht in die Reichswehr aufnimmt! (Heiterkeit b.d.Komm. - Präs.Löbe ersucht um Ruhe.)

Abg. Schulze-Stapen (Dnat) erklärt, das sogenannte Hindenburg-Kabinett habe die Landwirtschaft bitter enttäuscht.

Abg. Crispien (Soz)

Der nationalsozialistische Abgeordnete Rosenberg hat wieder einen Auspruch von mir über meine Stellung zu Deutschland erwähnt. Obgleich ich wiederholt klargestellt habe, dass meine Gegner ein Wort von mir, aus dem Zusammenhang gerissen und im Sinn verfälscht, für ihre demagogischen Zwecke missbrauchen, kehrt die Verleumdung immer wieder.

Das veranlasst mich abermals, festzustellen, dass ich nichts gegen Deutschland gesagt habe, dessen wertvollster Bestandteil ja die arbeitenden Massen sind.

Wir deutschen Sozialdemokraten stimmen überein mit jenem Gedanken Jan Jaurés, dass jede Nation ein Schatzhaus ist des menschlichen Genies und Fortschritts, und dass es dem Proletariat schlecht anstünde, diese kostbaren Gefässe menschlicher Kultur zu zertrümmern. Jan Jaurés wurde, weil er für den Frieden wirkte, von entmenschten Nationalisten ermordet. Das Volk Frankreichs gab ihm die höchste Ehre, durch die Beisetzung im Pantheon.

Der für jeden anständigen Menschen eindeutige Sinn meiner Worte war, die weltgeschichtliche Entwicklung aufzuzeigen, die zu einem immer engeren Zusammenhang der Völker der verschiedenen Staaten führt. So wie Deutschland geworden ist aus einer Vielheit von kleinen Staatswesen, im Mittelalter waren es 352, so wie es heute undenkbar ist, dass deutsche Freistaaten Kriege gegeneinander führten, was sogar noch 1866 der Fall gewesen ist, so wird einezeit kommen, wo die verschiedenen Staaten Europas sich in einer höheren Einheit der Vereinigten Staaten Europas zusammenschliessen. Ich frage mich, wo gerade die Nationalsozialistendie Vollmacht hernehmen, sich über mich zu entrüsten. Etwa deshalb, weil ihr Führer Rosenberg ein Mann ist, der kein Vaterland mehr kennt, das Russland heisst? Etwa deshalb, weil der grosse Adolf Hitler in Braunschweig Regierungsrat werden muss, da er kein Vaterland mehr kennt, das Österreich heisst?

Es wird den Nationalsozialisten nichts helfen, weder Lug noch Trug, weder Mord noch Totschlag werden ihnen helfen. Sie werden enden wo sie hingehören: auf dem Kehrlichthaußen der Geschichte.

Abg. Dr. Föhr-Baden (Ztr) weist nationalsozialistische Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des badischen Zentrums zurück. In allen deutschen Ländern stehe das Zentrum einmütig auf dem Standpunkt, dass ein Ost-Locarno unannehmbar sein würde. Eine frühere Äusserung des "Badischen Beobachters", die anders ausgelegt wurde, sei längst durch die Feststellung derselben Zeitung überholt worden, dass auf eine Revision der Ostgrenzen nicht verzichtet werden könne, - auf laute Zurufe der Nationalsozialisten ruft der Präsident die nationalsozialistischen Abgg. Dr. Ley und Florian je zweimal zur Ordnung.

Unter lauten hört! hört!-Rufen der Mehrheit zitiert Abg. Dr. Föhr die Äusserungen Adolf Hitlers zu ausländischen Pressevertretern, dass die Nationalsozialisten keineswegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangten. Hitler habe auch die deutschen Südtiroler Italien preisgegeben und sich für ein Süd-Locarno ausgesprochen. In einer Zuschrift an das faschistische Hauptorgan Italiens habe Gregor Strasser im Auftrage Adolf Hitlers als offizielle Parteimeinung der deutschen Nationalsozialisten mitgeteilt, dass die "sogenannte" Südtirol-Frage nicht einmal einen Diskussionspunkt mit einem faschistischen Italien bilden würde. (Lebh. hört! hört!) Die Nationalsozialisten hatten erst in einer Proklamation erklärt: "Wir verzichten auf keinen Sudetendeutschen und auf keinen Deutschen Südtirols. Das Treuebekenntnis zu den Deutschen Südtirols ist dann auf Befehl der Nationalsozialistischen Parteileitung gestrichen worden (hört! hört!). So spricht die Hitlerpartei zum Ausland, während sie hier die Parteien verächtigt, die ihre ganze Kraft für Deutschland einsetzen.

Abg. Frank II (Nat. Soz) ruft: "Was ist denn Deutschland dem Zentrum?" Abg. Frank wird zur Ordnung gerufen.

Abg. Lucke (WiP) bestreitet die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 für einen Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank gekauft: Auf unsere Bitte hat der Kanzler schriftlich bestätigt, dass an dieser Behauptung des Abg. Feder (NS) kein wahres Wort, und dass sie in allen Teilen frei erfunden ist. Gegen den deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Berlin, der behauptet hat, die Wirtschaftspartei hätte ihre politische Stellung zur Regierung von der Zahlung von 60 Millionen abhängig gemacht, ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden. Auch seine Behauptung hat die Reichsregierung als völlig aus der Luft gegriffen erklärt. Wer nochmals ausserhalb oder innerhalb des Reichstags ähnliches behauptet, ist ein erbärmlicher Ehrabschneider und gewissenloser Verleumder.

Abg. Dr. Marx (Ztr): Man will an Zitaten auch aus der Zentrumspresse beweisen, dass das Zentrum seinen Standpunkt gegenüber der Person Hindenburgs geändert hätte. Diese Zitate sind aus dem Zusammenhang gerissen und deshalb nicht beweiskräftig. Selbst wenn einzelne darunter richtig wären, könnte man die Zentrumspartei nicht dafür verantwortlich machen. Sie kann nicht die Haftung für alle Äusserungen in ihren Blättern übernehmen. Zu verantworten hat unsere Partei, was ich als Kandidat vor der Präsidentenwahl gesagt habe. Ich habe damals auf meiner Versammlungsreise in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Ostpreussens aus schwerer Kriegsgefahr hervorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelogramm an Hindenburg gerichtet. Das Zentrum hat Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt, und es hat hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen. Das Zentrum trägt wahrhaftig keine Schuld daran, dass jetzt Zerrissenheit der Volkskräfte bei der Wiederwahl festzustellen ist. Umso mehr hat es Grund, mit aller Entschiedenheit auch dagegen Protest zu erheben, dass der konfessionelle Kampf entfacht

wird und man dem Zentrum staatsfeindliche Gesinnung vorwirft. Das Zentrum steht zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei ist. (Beifall i.Ztr.)

Bevor die Aussprache fortgesetzt wird, erklärt Abg. Jadasch (Komm), er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach den bei dem Unglück auf der Karsten-Zentrumsgrube in Oberschlesien geretteten 7 Bergleuten die Auszahlung des Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei. Der Redner beantragt daher u.a., dass diese Entlohnung doch erfolgt und den geretteten Bergleuten ein achtwöchiger Erholungsurlaub gewährt wird. (Erregte Auseinandersetzungen d.Komm. mit dem Abg. Dr. Kleiner (Dnat), der u.a. zuruft: "Das ist nur eine üble Parteitagitation!" - "Bei einer Feier zur Ehrung der Rettungsmannschaften hat ja der vorsitzende des Betriebsrats der Verwaltung seinen besonderen Dank für ihre Hilfsmassnahmen ausgesprochen!" - Lärm b.d. Komm.) - Ueber den Antrag wird später entschieden.

Abg. Dr. Everling (Dnat) bezeichnet die Tatsache der Uebertragung der Brüning-Rede im Rundfunk als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Gegen den Pessimismus des Volkes könnten nur die Erfolge eines neuen Mannes und eines neuen Kabinetts helfen.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) beantragt nochmals die Herbeirufung des Reichsfinanzministers Dietrich. - Der Antrag wird bei Stimmenthaltung der Kommunisten gegen die Rechte abgelehnt. Nach der Ablehnung erscheint Minister Dietrich unter allgemeiner Heiterkeit am Regierungstisch.

Abg. Reinhardt (Nat.Soz.) beschäftigt sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Kabinette des Reichskanzlers Dr. Brüning. Die Verheissungen des Finanzministers Moldenhauer auf Steuer- und Lastensenkung seien nicht erfüllt, die Lasten seien im Gegenteil durch die verschiedenen Notverordnungen unerträglich gesteigert worden. Der Kanzler habe nach jeder Notverordnung gesagt, dass damit die schwere Belastung des Volkes endgültig abgeschlossen sei, aber nachher seien immer neue Belastungen gekommen.

Abg. Dr. Spahn (Dn) kommt auf die neuesten Berichte von der Genfer Abrüstungskonferenz zurück und äussert die Befürchtung, dass die deutsche Delegation dort eine Haltung einnehme, die mit dem in der ersten Genfer Rede des Reichskanzlers vertretenen deutschen Standpunkt nicht vereinbar sei. (Abg. Ersing (Ztr) ruft: "Wie haben Sie sich vor dem Einzug der Franzosen in Strassburg verhalten?") Wollen Sie diese Anklage formulieren! (Abg. Ersing ruft: "Vor dem Einmarsch der Franzosen haben Sie Strassburg als einer der ersten verlassen!") Ich habe meine Pflicht in Strassburg bis zum letzten Moment getan; aber Sie scheinen fast zu wünschen, dass ich mich den Franzosen ausgeliefert hätte. Ich fordere den Abg. Ersing auf, unter Verzicht auf seine Immunität den gerichtlichen Wahrheitsbeweis für die gegen mich gerichtete elende Beschuldigung zu erbringen. (Unruhe und laute Zurufe der Deutschnationalen.) Vom Zentrum ist es eine ganz besondere Gemeinheit. (Protestrufe i.Ztr. - Präs. Löbe ruft den Redner zur Ordnung.)

Reichsfinanzminister Dietrich

erwidert auf die vom Abg. Reinhardt erhobenen Vorwürfe und meint, diese Angriffe seien durch die Tatsachen in keiner Weise begründet. Der Minister erläutert nochmals die Reichsbeteiligung an der Stützung und Zusammenlegung von Grossbanken. Wir wären vielleicht in der Lage gewesen, den Sturm auf die Banken im vorigen Jahre zu bewältigen; aber dieser Sturm kam in erster Linie nicht aus dem Inland, sondern aus dem Ausland. Es sind dadurch natürlich Verluste entstanden, an denen auch das Reich beteiligt ist. (Abg. Reinhardt (Nat.Soz) macht erregt Zurufe.) Die Regierung hat alle Initiative angewandt, um die schwierigen Finanzen zu ordnen. Wir haben das deutsche Volk mit schweren Steuern belasten müssen. Wir mussten es tun, weil wir an den Hauptbestandteilen unserer Ausgaben, nämlich an den Kriegs-, Schulden- und wohlfahrts-

lasten nichts wesentliches ändern konnten. Es ist nicht die Unfähigkeit der Regierung oder des Finanzministers, die uns die schweren Lasten aufgebürdet hat, sondern es liegt einfach daran, dass wir unsere Arbeitslosen nicht einfach verhungern lassen können. (Laute wiederholte Rufe des Abg. Reinhardt, die den Minister übertönen). Wenn die nationalsozialistischen Forderungen angenommen worden wären, dann möchte ich einmal sehen, wohin wir mit unseren Finanzen gekommen wären.

Abg. Reinhardt und andere nationalsozialistische Abgeordnete machen weitere laute Zurufe, die der Minister nur schwer übertönen kann. Präsident Löbe bittet den Abg. Reinhardt, ruhiger zu sein.

Minister Dietrich kann endlich bei grösserer Ruhe seine Ausführungen fortsetzen. Er sagt, die von Schacht und vom Abg. Reinhardt vorgebrachten Angriffe seien zwar schädigend für den deutschen Kredit, aber sie entsprächen nicht den Tatsachen. (Die Nationalsozialisten rufen fortwährend laut: "Die Schatzanweisungen! Die Schatzanweisungen! Warum erscheinen sie nicht im Monatsausweis?") Weil sie nur halbjährlich ausgewiesen werden. (Heiterkeit b.d. Mehrheit, Widerspruch und laute Zurufe der Nat.Soz.) Herr Reinhardt ist übrigens ein schlechter Berater des Finanzministers, denn er hat mir in einer der wenigen Ausschusssitzungen, denen er beiwohnte, den Rat gegeben, eine Milliarde oder 800 Millionen mehr auszugeben. (Abg. Reinhardt ruft dreimal laut: "Das ist nicht wahr!")

Abg. Ersing (Ztr) setzt die Auseinandersetzung mit dem Abg. Dr. Spahn fort und meint, Dr. Spahn hätte es ebenso machen sollen wie tausende von anderen Beamten, Arbeitern und Angestellten, die auch beim Einmarsch der Franzosen auf ihren Posten blieben und sagten: Wir weichen nur der Gewalt!

Gegen 5 Uhr schliesst die Aussprache. Der Wahltermin der Reichspräsidentenwahl wird der Regierungsvorlage entsprechend für den ersten Wahlgang auf den 13. März, für den eventl. notwendig werdenden zweiten Wahlgang auf den 10. April festgesetzt. Dafür stimmen sämtliche Abgeordnete aller Parteien. (Heiterkeit und Rufe: Einheitsfront für die Regierungsvorlage.)

Es folgt dann die gemeinsame namentliche Abstimmung über die von den Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Misstrauensanträge gegen das gesamte Reichskabinett. Für diese Anträge stimmen mit den Antragstellern auch Landvolk und Soz. Arbeiterpartei. Alle übrigen Parteien stimmen dagegen. Bei der Dtsch. Volkspartei nehmen ausser den beurlaubten Abgeordneten auch die Abgg. Dr. Curtius und v. Kardorff an der Abstimmung nicht teil. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Misstrauensantrages mit 289 gegen 264 Stimmen. Das Abstimmungsergebnis wird von der Mehrheit mit Beifallsklatschen begrüsst.

Der Misstrauensantrag der Deutschnationalen und Kommunisten gegen Reichswehrminister Dr. Groener wird mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Gegendiesem Antrag hat auch das Landvolk gestimmt.

Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dietrich gestellte Misstrauensantrag wird mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Abstimmung der kommunistischen, deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträge auf Reichstags-Auflösung erklärt

Abg. Döbrich (Landvolk), seine Freunde würdigen diese Anträge stimmen, weil bei einem Zusammenfallen der Reichstagswahl mit der Reichspräsidentenwahl der parteipolitische Charakter der Präsidentenwahl noch vertieft würde und weil nach den hier geäusserten Erwartungen der antragstellenden Parteien über den Ausgang der Reichspräsidentenwahl ein Reichstagsauflösungsbeschluss überflüssig sein würde.

Der Auflösungsantrag wird mit 299 gegen 228 Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zur Abstimmung werden dann die Anträge der Nationalsozialisten und Deutschen nationalen gestellt, die den Rücktritt des Reichstagspräsidenten Löbe verlangen bzw. ihm das Misstrauen aussprechen.

Abg. Koenen (Komm) erklärt, die Kommunisten würden den nationalsozialistischen Antrag ablehnen, der sich gegen Löbe mit der Begründung wendet, dass er zum Bürgerkrieg aufgereizt habe. Das sei eine schlechte Komödie der Nazis, dieser Bürgerkriegsgarde des Grosskapitals.... Bei diesen Worten erhebt sich bei den Nationalsozialisten ein ohrenbetäubender Lärm. Sie rufen fortdauernd "Raus!" "Raus!" Dabei wird von anderen Nationalsozialisten gebrummt und auf Schlüssel geblasen.

Abg. Koenen spricht während des Lärms weiter, kann sich aber nicht verständlich machen. Vizepräsident Esser, der bei dieser Beratung den Vorsitz hat, kann dem Redner nicht Gehör verschaffen. Er verlässt seinen Sitz, als die Kommunisten die Internationale anstimmen. Als der Gesang verstummt ist, kommt Esser wieder und erklärt, in der jetzigen Situation seien Zwangsmassnahmen unzweckmässig, er werde gleich zur Abstimmung schreiten.

Abg. Koenen sagt, die Nationalsozialisten hätten es nur darauf angelegt, aus dem Saal gewiesen zu werden, weil sie sich davor fürchten, bei der nachher folgenden Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung der Tributzahlungen Farbe bekennen zu müssen.

Die Frage, ob die Anträge gegen den Reichstagspräsidenten zulässig sind, wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 226 Stimmen bei 1 Enthaltung verneint.

Abg. Torgler (Komm) beantragt, vor den weiteren Abstimmungen erst den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Tributzahlungen zur Abstimmung zu stellen, damit die Nationalsozialisten nicht der Entscheidung in dieser Frage ausweichen können. Gegen die Stimmen der Rechten wird der Antrag Torglers angenommen. Der kommunistische Antrag, der nun vorweg zur Abstimmung kommt, besagt:

1.) Alle Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrags, insbesondere diejenigen, welche nicht unter das Hoover-Moratorium fallen, werden sofort eingestellt.

2.) Alle privaten Schuldenverpflichtungen an das kapitalistische Ausland werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Uebertretungsfall als Kapitalverschiebung bestraft.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) beantragt getrennte Abstimmung über die beiden Absätze. Das wird jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Dr. Frick erklärt, bei getrennter Abstimmung würden seine Freunde für den ersten Absatz und gegen den zweiten gestimmt haben. Durch die gemeinsame Abstimmung über den ganzen Antrag sei die Zustimmung den Nationalsozialisten unmöglich geworden. (Gelächter d. Kommunisten und Rufe: "So sehen die Feinde des Weltkapitalismus aus!")

Erklärungen in gleichem Sinne geben Abg. Dobrich für das Landvolk und Abg. Hergt für die Deutschnationalen ab.

Der kommunistische Antrag wird dann in der namentlichen GesamtAbstimmung mit 368 gegen 75 Stimmen der Kommunisten bei 108 Stimmenthaltungen der Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Kommunisten rufen im Sprechchor den Nationalsozialisten zu: "Das Kreuz der Ehrenlegion ist Euch sicher!"

Als der nationalsozialistische Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen dem Haushaltsausschuss überwiesen werden soll, beantragt Abg. Dr. Frick namentliche Abstimmung mit der Begründung, dass die Ausschuss-Ueberweisung der Ablehnung gleichkomme. In namentlicher Abstimmung wird mit 290 gegen 254 Stimmen die Ausschussüberweisung beschlossen.

Ein nationalsozialistischer Antrag über die Aufhebung der Versammlungs- und Redebeschränkungen während der Wahlzeit wird unter heftigen Protesten der Antragsteller abgelehnt. Abg. Strasser gibt darauf unter grossen Lärm der Kommunisten, der die Ausführungen fast unverständlich macht, eine Erklärung ab, wonach seine Partei an weiteren Abstimmungen kein Interesse habe. - Während die Kommunisten im Chor rufen: "Tributknechte!", verlässt die nationalsozialistische Fraktion geschlossen den Saal. Die Deutschnationalen bleiben im Saal.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) weist darauf hin, dass von den Nationalsozialisten soeben gerufen worden sei "Affentheater". Ich stelle fest, so erklärt der Redner, dass jetzt keine Affen mehr hier sind! (Beifall)

Abg. Torgler (Komm.) erklärte, es sei schon vorher klar gewesen, dass die Nationalsozialisten erneut die günstigste Gelegenheit benutzen wollten, um den Reichstag zu verlassen.

Abg. Sollmann (Soz.) betont, dass es im Reichstage nur eine Partei der Deserteure gebe, die Nationalsozialisten, die erneut vor der Verantwortung dem Volke gegenüber desertiert hätten. (Beifall.)

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und des Landvolks wird ein christlich-sozialer Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht eine ungestörte, den inneren Frieden nicht gefährdende Durchführung des Wahlkampfes in jeder Weise sicherzustellen und gegen Versammlungsstörer die Machtmittel des Staates rücksichtslos einzusetzen.

Der kommunistische Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund wird gegen die Antragsteller abgelehnt, nachdem die Deutschnationalen erklärt hatten, dass sie sich die Motivierung des Antrages nicht zu eigen machen könnten. Abgelehnt werden auch die kommunistischen Anträge über die Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an die Länder, namentlich an Braunschweig.

Dagegen wird der kommunistische Antrag auf Sperrung der Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Mehr als hundert Anträge aller Fraktionen über soziale Massnahmen, Zölle, Steuern, Preisabbau, landwirtschaftliche Fragen, Ost- und Westhilfe, Siedlungsfragen und andre Dinge werden den zuständigen Ausschüssen zur Weiterberatung überwiesen. (Die Tagung dauert um 9½ Uhr noch an).